

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden
Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das **werktätige Volk**

Verkaufspreis: 5 Pf. Einzelheft, Dresden.
Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, H. G., Dresden,
Gebrüder Henrich, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Sitzungen irgendwelcher Art, ist es durch ohne Einfluß dieser Bekanntmachung, hat der Besitzer der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Preisverteilung einschließlich Porto mit der täglichen Unter-
stützung: 10 Pf. (10 Pf. für den Postweg), 10 Pf. für den Postweg,
einmalig 20 Pf., halbjährlich 1,20 RM., Einzelnummer 10 Pf.
Telegraphische Adressen: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 2311. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsführer: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 2361 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 1 Uhr nachmittags.

Abonnementpreis: Grundpreis: die 10 mm breite Normbreite-
seite 16 Pf., die 20 mm breite Normbreite 20 Pf., für auswärtige
Anzeigen 10 Pf. und 20 Pf. Familienangehörigen, Stellen- und Ver-
eine 40 Pf. Rabatt für Brieflieferungen 10 Pf.

Nr. 249

Dresden, Donnerstag, den 24. Oktober 1929

40. Jahrgang

SPD.-Hilfe für die Reaktion

Die heutige Sitzung des Sächsischen Landtages sollte um 12 Uhr vormittags beginnen. Auf der Tagesordnung standen die Vorträge zur Gewerbeschulung. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Abgeordneter Böchel (Soz.) folgende

Erklärung

Die sozialdemokratische Fraktion erhebt schärfsten Protest gegen die Absicht der Regierungskoalition, das Gesetz über die Abschaffung des Novemberfestes unter Bruch aller parlamentarischen Gepflogenheiten im Rechtsausschuß durchzusetzen. Es ist eine bisher nie bestrittene Notwendigkeit gewesen, daß die Fraktionen vor Beginn des Plenums ihre Stimmungen abhalten, um zur Tagesordnung Stellung zu nehmen. Als heute unsere Vertreter im Rechtsausschuß die Beratung der Ausschussfassung fordereten, um an der auf 10 Uhr anberaumten Fraktionssitzung teilnehmen zu können, lehnte die bürgerliche Mehrheit diesen Antrag ab. Dabei stellten wir fest, daß in jeder Phase des Kampfes um den 9. November die Kommunisten den bürgerlichen Parteien Helfershelfer leisten mit der Absicht, daß der Kampf im Landtag ja doch keinen Zweck habe.

Wir fordern Einberufung des Ausschusses, um zu den Vergewaltigungsmethoden der Mehrheit des Rechtsausschusses Stellung zu nehmen.

Der Vorsitzende des Rechtsausschusses, der Volksparteiler Dr. Sidmann, erklärte, er habe nicht angenommen, daß die Sozialdemokraten heute noch eine Fraktionssitzung brauchen, weil ja im Plenum nur noch der Rest der gestrigen Tagesordnung aufzuarbeiten wäre, so daß die SPD. noch genügend Zeit zu einer Fraktionssitzung hätte.

Der Kommunist Kerner wollte es natürlich nicht für wahr haben, daß seine Parteigenossen hier wieder einmal dem Bürgerturn gegenüber sich äußerst gefällig gezeigt haben.

Abg. Edel (Soz.): Unsere Feststellungen sind durchaus richtig, denn Herr Kerner hat im Ausschuß erklärt, es habe gar keinen Zweck, gegen die Regierungsvorträge zu protestieren, weil nach Möglichkeit bereits alles entschieden sei. Wir dagegen halten es für nötig, alle Gründe gegen den beabsichtigten Bruch der Verfassungskonventionen vorzutragen. Dazu müssen wir uns aber erst das notwendige Material beschaffen. Der Ausschußvorsitzende hat sich über alle Gepflogenheiten hinweggesetzt. Wir erklären, daß es sich hier nicht um Recht und Gerechtigkeit, sondern um eine Verewaltigung handelt.

Abg. Raushch (Soz.):

Die Führung der Geschäfte durch den Volksparteiler und Reichsanwalt Sidmann widerspricht allen bisherigen Gepflogenheiten in der niederträchtigsten Weise. (Ordnungsruf.)

Der Deutschnationale Dr. Oberle bemerkte, der Ausschuß sei der Meinung gewesen, daß, wenn der Abgeordnete Edel getreu im Plenum eine Stunde und heute im Ausschuß eine Stunde über die Vorträge sprechen konnte, dies Beweis dafür sei, daß er sich die notwendigen Informationen bereits beschafft habe. (Weiterkeit.) Die bürgerlichen hätten gar keine Veranlassung, einer Obstruktions-tendenz von der linken Seite Vorschub zu leisten.

Nach weiterer Debatte wurde dann die Sitzung auf 12 Uhr mittags vertagt, weil der Ausschuß eine Besprechung abhalten wird.

Vergewaltigungsmethoden im Rechtsausschuß

Die bürgerlichen Parteien verfolgen die Taktik, möglichst ohne viel Aufhebens zur endgültigen Beschlußfassung über die Abschaffung des Novemberfestes zu kommen. Um diese Absicht unter allen Umständen durchzusetzen, hatte der volksparteiliche Vorsitzende des Rechtsausschusses, Dr. Sidmann, für heute Donnerstag, vormittags 10 Uhr, eine Sitzung angesetzt, obwohl das Plenum heute bereits um 11 Uhr zu tagen begann. In der Ausschussfassung verlangte die sozialdemokratische Fraktion die Abhaltung der Fraktionssitzung zehnjährige Mitberichterstattung. Sie verlangte aber in erster Linie Vertagung der Beratung, um festzustellen, wie der Stand der Verhandlungen im Reich wegen der Schaffung eines Verfassungsfeier-tages ist. In früheren Jahren ist auch von bürgerlichen auf diese Verhandlungen größter Wert gelegt worden. Der Ausschußvorsitzende und die bürgerlichen Parteien einschließlich der Demokraten brachten jedoch feindliche, allen Gepflogenheiten zuwider gegen unsere Vor-träge während der Fraktionssitzung der Sozialdemokratie und trotz der Tagung des Landtagsvorsitzendes die Ausschussberatung fortzusetzen. Sie dokumentierten ihre Nachlässigkeit dann mit, daß sie die Fortsetzung der Beratungen, die wegen der Vertagung unterbrochen werden mußten, bereits für den morgigen Freitag ansetzten.

Der von der Mehrheit ausgesetzte Berichterstatter Oberle (Soz.) beschränkte sich auf einige nichtssagende Bemerkungen. Der Berichterstatter, Genosse Edel, legte in sachlichen Ausführungen dar, daß sich der Vorstoß des Bürgerturns als ein kraffer machtpolitischer Einbruch charakterisiere, wobei es den bürgerlichen Mitgliedern ist, ob bestimmte Wirtschaftskreise auf das schwerste geschädigt werden. Die schon getroffenen Vorbereitungen zur Feier des 9. November würden, wenn sie jetzt noch abgesetzt werden würden, für gewisse Berufe, besonders das Gastwirtschafts-gewerbe,

äußerst schädigend sein. Der Berichterstatter konnte heute seine Rede nicht beenden.

Auch bei der Fortsetzung der Beratungen wird die Sozialdemokratie alles aufbieten, um dem Streich des Bürgerturns zu begegnen.

Wir wie erfahren, beschloß der Kellerterrat des Landtages in seiner Beratung während der Pause, daß künftig Ausschussitzungen nicht zu derselben Zeit wie Vor-tragsitzungen stattfinden sollen. Der Antrag der Parteien, einen bestimmten Tag als Tag der Vertagung des Landtages festzusetzen, ging nicht durch. Der Landtag wird erst später — das heißt also nach Erledigung der Vorträge über den 9. November — bestimmen, wann er eine Pause in seinen Arbeiten wegen der Stadtbezirksneuwahl eintrreten läßt.

Bolschewistische Neidungen

Der Rechtsausschuß des Lenin-Bundes beschloß gegen zwei Stimmen, eine Beteiligung an Trotskij's Wiederaufnahmegesuch in der kommunistischen Internationale abzulehnen und den Kampf gegen deren Leitung mit unverminderter Schärfe fortzusetzen. Wegen die gleiche Kinderheit wurde die von Trotskij demorgene Aufstellung von Kandidaten zu den preussischen Kommunalwahlen und zu den bairischen Landtagswahlen aufrechterhalten. Nur wo die linken Kommunisten zu schwach sind, wollen sie Stimmabgabe für die SPD. propagieren.

Trotskij kapituliert nicht. Trotskij in Konstantinopel erklärt: Die Nachrichten von unserer Kapitulation sind völlig unwahr. Sie sind dadurch entstanden, daß einige hundert Deportierte an die Leitung der russischen kommunistischen Partei eine Erklärung gerichtet haben, in der sie ihre Wiederaufnahme in die Partei ver-langen. Auch ich habe diese Erklärung unterschrieben. Sie hat jedoch nichts gemein mit der Kapitulationserklärung Kabejs und anderer, die so lautete: Wir verzichten auf jede Opposition und

jedes Oppositionsprogramm. Wir erkennen unsere Fehler an und ersuchen um unsere Wiederaufnahme in die Partei. Die Erklärung Kabejs, die von führenden Oppositionellen angenommen wurde, hat dagegen folgenden Wortlaut: Da die Ereignisse vollkommen die Ideen des Oppositionsprogramms, auf das Sie ständig zurückgreifen müßt, bestätigt haben, fordern wir Euch auf, den Fehler, den Ihr begiñt, indem Ihr uns aus der Partei ausschließt, durch unsere Wiederaufnahme auszumachen. Die Antwort Kabejs war: Bekämpfung Kabejs tief nach Sibirien und Hohn gelächelt über Trotskij.

Neuwahlen in Thüringen

Der Kellerterrat des Thüringer Landtages stimmte am Mittwoch dem Auflösungsantrag der Sozialdemokratie zu. Die Auflösung soll am 7. Dezember erfolgen. Der Termin für die Neuwahlen ist auf den 8. Dezember festgesetzt. Am Donnerstag wird der Landtag über diesen Termin abstimmen.

Eine offizielle Erklärung, aus welchem unmittelbaren Anlaß die Regierung zurückgetreten ist, war von dem Vor-sitzenden, Minister Paulsen, im Kellerterrat nicht zu erlangen. Es verlautet jedoch, daß die Landbündler und die Wirtschaftsparteiler am Dienstag nachmittags nach der Erklärung der Demokraten ihre Staatsratsämter zur Verfügung stellten. Darauf haben auch die demokratischen Mitglieder und der volksparteiliche Minister Niesel ihren Rücktritt erklärt.

Auch Curtius warnt die Beamten

S. Berlin, 24. Oktober. (Fig. Funkpruch.) Reichsmini-sterpräsident Dr. Curtius hat, wie alle Reichsminister, durch Verfügung die Beamten seines Ressorts darauf hingewiesen, daß das Eintreten für das Volksbegehren nicht im Einklang mit der Beamtenpflicht stehe. Ministerialrat Freiberger von Rastbach, dessen Aufgabe es gewesen wäre, diese Verfügung durch das Amtsblatt oder auf anderem Wege den Beamten und untergeordneten Behörden bekanntzumachen, ist dieser Aufgabe bisher noch nicht nachgekommen.

Der deutschnationale Reinfall

Das Urteil des Staatsgerichtshofs: Einstweilige Verfügung abgelehnt

Leipzig, 23. Oktober. (Fig. Draht.) Der Staatsgerichtshof fällte am Mittwoch nachmittags in der Klage-sache der deutschnationalen Fraktion des Preussischen Landtages gegen die preussische Staats-regierung folgendes Urteil:

„Der Antrag auf Erlass einer ein-stweiligen Verfügung wird zurückgewiesen. In seiner bisherigen Praxis hat der Staatsgerichtshof gegenüber Anträgen auf Erlass einer einstweiligen Ver-fügungen große Zurückhaltung geübt. Er hat derartige Verfügungen nur in zwei Fällen erlassen, in denen es sich nicht um Verfassungsfreiheiten innerhalb eines Landes handelte.

Es kann dahingestellt sein, ob bei Verfassungsfrei-keiten innerhalb eines Landes überhaupt ein Erlass einer einweiligen Verfügung möglich ist. Im vorliegenden Falle hätte der Erlass einer einstweiligen Verfügung auch eine Entscheidung in der Hauptsache bedeutet. Eine nur vorläufige Prüfung des Sachverhaltes hätte weder der Würde des Staatsgerichtshofes entsprochen, noch die Verwirrung innerhalb der Beamenschaft beendet. Aus diesem Grunde wurde der Erlass einer einstweiligen Ver-fügung abgelehnt.“

Im Verlauf der Vorverhandlungen erklärte Ministerial-direktor Dr. Vadt als Vertreter der preussischen Regierung u. a. nach, daß der preussische Ministerpräsident eine weitere Interpretation seiner Auffassung über die Beteiligung von Beamten an Volksbegehren für unnötig halte. Die Deutschnationalen hätten im Preussischen Landtag verfassungsgemäß die Möglichkeit gehabt, entsprechende Fragen auf-zuwerfen. Sie hätten davon jedoch keinen Gebrauch gemacht.

Bumke hat zum Schluß nicht Ordre pariert!

H. Weizsäcker, 23. Oktober.

Das Ringen vor dem Staatsgerichtshof hat seine vor-läufige Beendigung gefunden. Der deutschnationale Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung wurde abgelehnt. Der Staatsgerichtshof hat es abgelehnt, die ihm von Eugen-berg befohlene Gesetzesverletzung tatsächlich zu begehen. Man könnte, wenn man die vielen Stunden Redeweile nicht mit-gemacht hätte, sagen: Es gibt noch Richter in Deutschland ... Hat man aber den Verlauf dieses nervenanspannenden, zeit-

weise dramatisch verlaufenden Ringens miterlebt, wird man doch zu anderen Resultaten gelangen!

Mit aller Energie hatte der Vertreter Preußens, der Ministerialdirektor Dr. Vadt, den Staatsgerichtshof darauf aufmerksam gemacht, daß entsprechend der vom Reichstag beschlossenen Geschäftsordnung dieses Gerichts zwischen dem Termin und Ladung vierzehn Tage vergehen müßten. Im vorliegen-den Falle waren es nicht viel mehr als vier und a w a n z i g Stunden. Mit einer Sandbewegung ging das Gericht über den Einspruch Preußens hinweg.

Mit aller Deutlichkeit wiesen aber die Vertreter Preußens und des Reiches darauf hin, daß der Staats-gerichtshof überhaupt unzuständig sei, mit keinem Worte ging der „Hohe Gerichtshof“ auf diesen Einwand ein. Ministerialdirektor Vadt betonte vor Eintritt in die eigent-liche Verhandlung, daß die deutschnationale Landtagsfraktion Preußens mit Absicht den Antrag auf Erlass einer ein-stweiligen Verfügung, nicht auf Entscheidung in der „Haupt-sache“ gestellt habe, um die Verhandlung noch zu einem Zeit-punkte zu erzwingen, während dessen noch das Begehren in Kraft ist. „Es ist unmöglich, über eine einstweilige Ver-fügung zu entscheiden, ohne auch in der Hauptsache eine Ent-scheidung zu treffen“, wurde von dem Vertreter Preußens erklärt und damit ein Verhängungsantrag begründet, der aber abgelehnt wurde, obwohl die Vertreter des preussischen Staatsministeriums in mehr als einstündigen Ausführungen klar nachwiesen, daß es unmöglich sei, hier eine ein-stweilige Verfügung zu erlassen, ohne die Hauptentscheidung in ihrer endgültigen Form vorwegzunehmen.

Es erfolgten dann Kläders und Wortgefechte, die fast eineinhalb Tage ausfüllten. Auf einen deutlichen Wink des deutschnationalen Rechtsanwaltes hin verlangte Reichs-gerichtspräsident Dumke von den Preußenvertretern, sie sollten binnen wenigen Stunden vom Reichsanwalt Otto Braun eine authentische Auslegung seiner Land-tagssprache einholen. Als Preußens Bevollmächtigter dar-auf meinte, daß eine solche Auslegung für die Entscheidung über die einstweilige Verfügung unwesentlich sei, erlaubte sich Herr Bumke die Bemerkung, daß doch eine solche Erklärung des Ministerpräsidenten „von allgemeinem Interesse“ wäre.

Als dann Otto Braun sagen ließ, daß er Auskünfte über eine Landtagssprache nur vor dem Landtag erteile, hatte Bumke die nötige Quittung für sein „allgemeines Interesse“ ...

Gegen sechzehn Uhr verließ die der Staatsgerichtshof-präsident unter allgemeiner Spannung (zwei Dutzend Presse-

vertreter und eine ganze Anzahl von Reichsgerichtsräten waren antwesend) den Beschluß: der Antrag der Deutschnationalen wird zurückgewiesen. Die Begründung? Es sei nicht möglich, eine einseitige Verfügung zu erlassen, da damit auch „zur Hauptfache“ entschieden werden müßte, hier aber die Fristen nicht gewahrt seien. Besteht du, geehrter Leser, was dieser Beschluß bedeutet? Praktisch genommen einen Umfall des Staatsgerichtshofes! Nachdem ihm am Dienstag der gesamte Tatbestand vorgetragen wird, lehnt er die Anträge Preußens ab, am Mittwoch verwendet er sie als Begründung für die Ablehnung einer einstweiligen Verfügung! Dafür hat man eineinhalb Tage gekämpft und gestritten, dafür hat Herr Bunte mit so merkwürdiger Hast und Eile die ganze Terminanberaumung vorgenommen?

Wer weiß, was in dem Beratungszimmer vorging, in dem die Herren die Entscheidung trafen! Hat sich Herr Bunte in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch die Sache nochmals gründlich überlegt, daß er heute anders entschied? Wurde er überstimmt? War es schließlich so, daß sich der Staatsgerichtshof dem klaren Wortlaut seiner Geschäftsordnung und den unüberlegbaren Argumenten Preußens beugte? Beratungsgeheimnis, wir wissen es nicht! Jedenfalls hat sich der Staatsgerichtshof zum Schluß nicht nach dem Gericht, was ihm Herr Eugenberg vorschreiben wollte!

Die Entscheidung über die Verfassungsmäßigkeit der Stellung Otto Brauns zu der Beteiligung von Beamten am Eugenberg-Begehren wurde also vertagt. Es gelang dem deutschnationalen Anwalt nicht, einen Heberumpelungsziegel zu erzielen, den man bei der bisherigen Pleite der ganzen Aktion des Reichsausschusses dringend brauchen konnte. Die Niederlage der Selbsteugenberg-Dittler bedeutet das Verschwinden der letzten Möglichkeit, das Geschäft des Volksbegehrens noch einmal ein wenig zu „beleben“.

Wien wird sich wehren!

A. Wien, 23. Oktober. (Eig. Drahtf.)

In der Mittwochsitzung des Nationalrats wurde die erste Lesung der Verfassungsvorlage zu Ende geführt. Als erster sprach der Großdeutsche Gleissig, der das gegenwärtige, daß man sich heute aus dem Deutschen Reich herausdrängen will, als Schimpfung bezeichnet. Diese Worte hatten sich zu der Erklärung entwickelt, daß sie im Falle eines Bürgerkrieges ihren vollen rechtlichen Wert verlieren würden. Es ginge von einem nationalen Gefühl, daß man daran denke, Deutsche gegen Deutsche aufmarschieren zu lassen.

Bürgermeister Seitz

erklärte, nicht als Sozialdemokrat, sondern als Bürgermeister von Wien zu sprechen und als alter Wiener, dem das Schicksal der Stadt am Herzen liege. Wenn man wünsche, daß Wien aufhört Bundesland zu sein und wieder dem Lande Österreich einverleibt werden solle, so erkläre er, das wolle Wien nicht, das wolle Österreich nicht, das wolle kein Christlicher und kein Sozialdemokrat in Wien. Wien müsse Bundesland bleiben wie bisher, und sein Recht in Wien sei bereit, für irgendein Zustand die Rechte des Landes Wien preiszugeben. Seitz fuhr fort:

„Wir werden uns keines unserer Rechte rauben lassen!“

Wenn die Feinde von uns nach Wien und von der Eroberung Wiens zu sprechen und als alter Wiener, dem das Schicksal der Stadt am Herzen liegt. Sie haben sich gegen Habsburg gewehrt, wenn es sie unterdrücken wollte. In Wien lebt die Tradition des Jahres 48, wo Arbeiter und Bürger sich gegen die Statuen und Gewichte der Habsburger stellten. Dieses Wien wird nicht erobert werden. Nicht von den Herren, die den Marsch nach Wien predigen, aber auch nicht von denen auf der Regierungsbank, die einen Verfassungsbruch planen. Dieses Wien wird von niemand erobert und von niemand unterdrückt werden. Wer Verantwortlichkeit für die Verfassungswirkung hat, muß endlich einmal aufhören, von Gewalt und von der Unterdrückung Wiens zu reden. Der Haß gegen Wien ist in Wirklichkeit der Haß gegen die Stadt, die der Hort der Demokratie und Beschützer der Republik ist. Wenn man Wien seine Selbständigkeit rauben will, so wird sich Wien ebenso dagegen wehren, wie sich Hamburg dagegen wehren würde, wenn man ihm sein Recht als selbständiges Land nimmt.“

Die Gewerkschaften machen mobil

A. Wien, 23. Oktober. (Eig. Drahtf.)

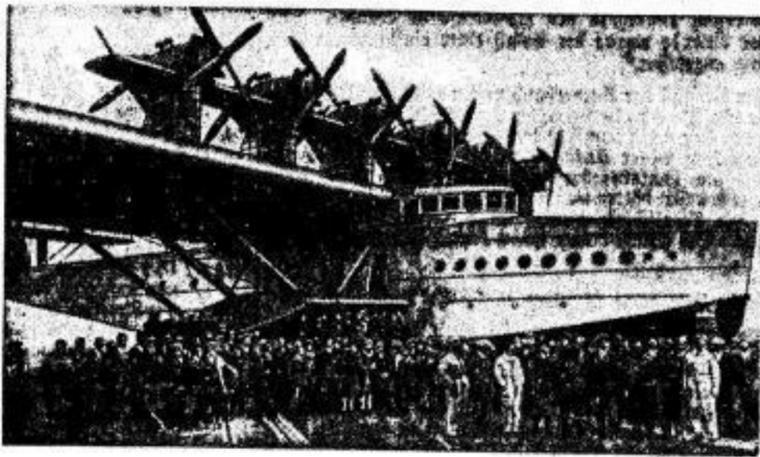
Die 49 dem Bunde der freien Gewerkschaften angeschlossenen Zentralverbände werden sich am Sonntag in einer Reichskonferenz mit der politischen und wirtschaftlichen Lage befassen. Die werden gleichzeitig Maßnahmen für den Abwehrkampf der Arbeiter und Angestellten gegen den Anschlag der Rechten auf die Arbeiterklasse beschließen. Der Vorstand legt eine Entschließung vor, die den schärfsten Abwehrkampf gegen jeden Anschlag auf die Verfassungsrechte gelobt.

Die Geldflucht

A. Wien, 23. Oktober. (Eig. Drahtf.) Die Abhebungen bei den Banken und Sparkassen sind am Mittwoch noch härter gewesen als an den vorausgegangenen Tagen. Bei einzelnen Banken mußten die Schalter zeitweise geschlossen werden, weil erst Bar-geld geholt werden mußte.

Der Weltrekord der Do X

Die 189 Passagiere und Mannschaften, die von dem Refensflugboot am Bodensee in die Luft getragen wurden.



Die Antwort des Rheinlandes!

SPD. Berlin, 24. Oktober. (Eig. Funkdruck.) Der Vorwärts hat die Einzeichnungsresultate von 32 Städten aus allen Teilen des Reichs aus der ersten Eintragungswoche zusammengestellt. In diesen Städten haben sich bisher 239 000 von 10 150 000 Stimmberechtigten eingetragen, also noch nicht einmal 2,4 Prozent! Geradezu katastrophal sind insbesondere die Ergebnisse aus dem Rheinland. In einem großen Teil der mittleren rheinischen Städte haben sich bisher nicht einmal hundert Personen zu Eugenberg bekennt. In Bad Kreuznach waren es bis Dienstagabend 20 Personen, in Woppard 31 und in der bekannten Stadt Bacharach lag bis Dienstag nicht eine einzige Einzeichnung vor. Das gleiche trifft für eine große Zahl kleinerer Gemeinden zu. In der Pfalz löst das „völkische“ Begehren gleichfalls überall auf Ablehnung. In Speyer haben sich z. B. in den ersten acht Tagen nur 56 Personen eingetragen, in Worms 230 und in Heidelberg 531.

Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet hatte sich bis Dienstagabend nicht einmal ein Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung zu dem Inflationsbegehren bekennt.

Die Stadtverordnetenversammlung von Saarbrücken nahm am Mittwoch eine Entschließung der Sozialdemokratie an, die sich scharf gegen das Volksbegehren richtet und die Zerschlagung der Mitgliedschaft der Saar durch Eugenberg an den Pranger stellt. In der Entschließung werden Reichs- und Staatsregierung aufgefordert, gegen die Katastrophopolitik Eugenbergs mit allen zu Gebote stehenden Mitteln vorzugehen.

Die höheren Beamten des preussischen Innenministeriums sind korporativ aus dem Berufsverein der höheren Verwaltungsbeamten Preußens wegen dessen Haltung zum Volksbegehren ausgeschlossen. Die preussischen Beamten lehnen es in einem Schreiben ab, sich weiter von einer Organisation vertreten zu lassen, die in einer Schicksalsfrage des deutschen Volkes nicht die nötige Verantwortung und Entschlossenheit habe ausbringen können. — Der Austritt der höheren Beamten anderer preussischer Ministerien steht bevor.

Und wer bezahlt die Zechen?

Die Kosten für das Volksbegehren trägt zum Teil der Antragsteller, zum Teil der Steuerzahler

Die Frage, wer die Kosten für das Volksbegehren und den Volksentscheid zu tragen habe, ist zum Teil in der Verfassung, zum Teil in dem Gesetz über den Volksentscheid und zum Teil in dem Gesetz über das Reichswahlrecht beantwortet.

Die Kosten des Volksbegehrens sind zu einem Teil von den Antragstellern zu erstatten. Diese müssen die Ausgaben für die Drucklegung, Verteilung und Auflegung der Listen bezahlen. Wie die übrigen Kosten, also diejenigen für die Herstellung von Listen, für die Zusammenstellung der Ergebnisse usw., trägt das Reich.

Die Ausgaben beim Volksbegehren sind aus dem Grunde verhältnismäßig nicht allzu hoch, weil die Eintragungslotale in der Regel, da weniger Lokale als bei den Wahlen gebraucht werden, in öffentlichen Gebäuden sich befinden. Doch ist es auch zulässig, daß die Gemeinden Restaurationen oder dergleichen im Bedarfsfälle als Eintragungslotale bestimmen und eine angemessene Miete be-

zahlen. Die Uebertreibung der Eintragungen erfolgt durch Beamte, so daß auch die Personalangaben nur gering sind. Die Höhe der Ausgaben hängt wesentlich von der Anzahl der abgegebenen Stimmen bzw. vorgenommenen Eintragungen in die Listen ab. Bei dem Volksbegehren über die Kürzung der Ausgaben für den Reich 798 000 M. Kosten erwachsen, die also dem Steuerzahler zur Last fallen. Das Volks-

In Ostelbien.



„Versieh nicht, wie das ein Mißerfolg werden soll? Bei mir klappt alles glänzend!“

begehren über den Panzerkreuzer kostete dem Reich 470 000 M. Die Differenz zwischen den beiden Summen zeigt die Abhängigkeit des auf das Reich entfallenden Betrages von der Zahl der abgegebenen Stimmen.“

Die Kosten für den Volksentscheid trägt zu vier Fünfteln das Reich, zu einem Fünftel obliegen sie den Ländern bzw. den Gemeinden. Glücklicherweise hatte das Reich bisher nur einmal die Ausgaben für einen Volksentscheid zu zahlen. Die Volksbefragung über die Kürzung der Ausgaben betrug außer den schon erwähnten 798 000 M. beim Volksbegehren noch 1 978 000 M. bei dem dann folgenden Volksentscheid. Zweifellos enthalten die geltenden Vorschriften eine Lücke. Man muß es für angemessen halten, daß zum mindesten beim Volksbegehren von den Antragstellern eine Kaution für einen etwaigen Mißerfolg des Volksbegehrens verlangt wird. Eine solche Vorschrift würde gewiß die leichtfertige Einleitung einer solchen politischen Aktion bedeuten erschweren. Es wird wohl auch kaum eine ernstliche Einwendung dagegen zu machen sein, daß zu den Kosten eines Volksentscheides die Gruppen herangezogen werden, von denen er ausgeht. Dagegen könnte es bei solchen Volksentscheiden, die zum Beispiel auf Veranlassung des Reichspräsidenten gemäß der Reichsverfassung herbeigeführt werden, bei den gegenwärtigen Bestimmungen sein Bewenden haben.

Sozialisten und Regierungsbeteiligung

Die Lage in Frankreich

P. Paris, 23. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Das zwölfte Kabinett Briand ist gestürzt. Es hat ohne geschlossene Mehrheit regiert und ist ohne geschlossene Opposition gefallen. Neben den Sozialisten und Radikalen haben etwa 50 Versprengte aus allen Linksräumen der Regierungsmehrheit gegen das Kabinett gestimmt. Die Opposition vom Dienstag kann also nicht als die Mehrheit des kommenden Kabinetts angesehen werden.

Eines aber ist sicher, die Außenpolitik Briands, die Politik der Jänner Konferenz und der Rheinlanddrängung wird fortgesetzt werden. Briand hat zwar am Dienstag auf das bestimmte erklärt, daß er unter keinen Umständen wieder die Regierungsbildung übernehmen werde. Es gilt aber als selbstverständlich, daß er das Außenministerium weiterführen wird. Für diese Außenpolitik aber, daß die Dienstag-Krise gezeigt, ist nur eine Mehrheit im Lager der Linken zu finden. Briand selbst hat die Erfahrung machen müssen, daß es ein Unding ist, mit der Reaktion eine Politik der Friedenssicherung und der internationalen Entspannung zu machen.

Eine Linksmehrheit ist jedoch ohne die Sozialisten in der französischen Kammer nicht möglich. Die Partei sieht sich deshalb wiederum vor die Frage gestellt, ob sie sich an der

Regierung beteiligt, oder ob sie gegebenenfalls selbst ihre Bildung übernehmen soll. Die sozialistische Kammerfraktion ist bereits am Mittwoch darüber in einem unverbindlichen Meinungsaustausch eingetreten, hat sich aber noch keineswegs irgendwie gebunden, da jede Bereitschaft gefährlich wäre.

Sollte am Donnerstag im Verlauf der weiteren Beratungen ein positiver Beschluß zustande kommen, dann wird die Fraktion wahrscheinlich eine außerordentliche Delegiertenversammlung nach Paris zusammenberufen, um ihren Beschluß durch die zuständige Parteinstanz bestätigen zu lassen. Als der wahrscheinliche Chef eines unter sozialistischer Führung stehenden Linkskabinetts wird in erster Linie und wohl mit Rücksicht auf die starke Sympathie, die er im bürgerlichen Lager besitzt, der Abgeordnete Paul Boncour genannt.

Soweit sich die Situation augenblicklich beurteilen läßt, dürfte bei der großen Mehrheit sowohl der sozialistischen Fraktion wie der Partei der Gedanke einer Beteiligung an einer unter sozialistischer Führung stehenden Regierung nicht auf Absehung stehen. Wesentlich fraglicher dagegen ist die Haltung der radikalen bürgerlichen Linken, ohne deren Stimmen eine Linksmehrheit nicht möglich ist.

Inzwischen ist der gestürzte Ministerpräsident Briand auf die Jagd gegangen. Der Präsident der Republik, Doumergue, hatte für Mittwoch das diplomatische Korps zu einem Jagdbüchling nach dem Schloss Rambouillet eingeladen. Da er aber angesichts seiner Verhandlungen um die Lösung der Regierungskrise keine Gäste nicht persönlich empfangen kann, hat er Briand mit seiner Vertretung beauftragt.

Vor der Entscheidung der Radikalen

P. Paris, 24. Oktober. (Eig. Funkdruck.) Zur Lösung der französischen Ministerkrise stehen heute im Vordergrund die Namen Paul Boncour (Sozialist) und Daladier und Steeg (Radikale). Um die von der Rechten anfangs mit so großer Schwung vorgeworfene Kandidatur Fardeu ist es vorläufig ziemlich still geworden. Gegenwärtig beherrschen die Linksparteien das Feld, wenn auch vorläufig nur das Feld der Kombinationen. Die Möglichkeit einer neuen Belegung des Linkskartells, die Uebernahme der Regierung durch Sozialisten und Radikalsoziale, gestützt auf die wohlwollende Neutralität des linken Zentrums, ist in greifbarer Nähe gerückt, wenn auch jede Voraussage dem objektiven Stand der Dinge nach und angesichts der beträchtlichen parteitaktischen Schwierigkeiten verfrüht wäre.

Im Mittelpunkt der Diskussionen steht natürlich der radikalsozialistische Parteitag in Reims, der heute beginnt, und dessen Dauer von den ursprünglich geplanten vier Tagen wenn möglich auf einen einzigen Verhandlungstag

abgelehrt werden soll, so daß vielleicht schon morgen mit einer Erklärung der Situation zu rechnen ist.

Die Sozialisten entscheiden am Sonntag

Inzwischen ist der sozialistische Parteirat für Sonntag nach Paris einberufen worden. Der sozialistische Abgeordnete Paul Faure erklärt heute im Populaire, daß die Beschlüsse des Pariser Kongresses vom 11. Januar 1921 über die Taktik der Sozialisten aktueller denn je seien und direkt auf die momentane Lage angewendet werden könnten.

Stkarek's geheime Helfer

Die Schiedungen im Gefängnis

D. Berlin, 24. Oktober. (Fig. Funk.) Im Untersuchungsgefängnis ist es Leo Stkarek gelungen, sich in den Besitz eines Briefwechsels zu setzen, der jetzt bei ihm gefunden und beschlagnahmt worden ist. Die Stkareks haben also immer noch geheime Helfer. Diese Tatsache dürfte eine neue für ausgedehnte Untersuchungen nach sich ziehen, denn die Stkareks haben, als sie in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert wurden, kein Schreibmaterial besessen. Es bleibt deshalb zunächst die Frage zu klären, wer ihm den Briefwechsel verschafft und ob in ihm nicht möglicherweise eine bestimmte Tinte enthalten war, die Stkarek zu bestimmten Sachverhalten benutzen wollte.

Stkarek hat die Staatsanwaltschaft bereits in den Privatwohnungen der Stkareks eingehende Hausdurchsuchungen nach einer bestimmten Route vorgenommen. Im Zusammenhang damit besteht der Verdacht, daß Stkarek noch im Untersuchungsgefängnis gewisse Beweismittel anfertigen wollte oder angefertigt hat.

mit dem Ziel, andere in die Untersuchung zu verwickeln zu versuchen. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß eine neue überzogene Wendung der Affäre eintritt, wenn die demische Untersuchung der Tinte, die augenblicklich im Gange ist, befähigt sein soll, die dem Datum nach vor längerer Zeit aufgestellt sein sollen, vielleicht erst vor wenigen Tagen angefertigt worden sind.

Der Verteidiger als Alkoholschmuggler

Inzwischen hat die Zeitung des Gefängnisses Berlin-Neubau bekannt, daß der für die Stkareks eingeschmuggelte Alkohol von deren Verteidiger Dr. Punge stammt. Punge hat

bereits am Mittwoch eine Erklärung vor seiner Standesorganisationsabteilung abgegeben und die ihm gemachten Vorwürfe im wesentlichen abgelehnt. Die Verteidigung Dr. Punge geht dahin, daß er hauptsächlich Hilfsdienst leistet und mit den Verhältnissen in Moskau nicht genau Bescheid gewußt habe.

Aufstand der Zwanzigtausend

Mitschakulis als Maschinenführer

Wir wissen es alle, das China von heute ist das alte verarmte China der Kaiserzeit nicht mehr. Europäische, amerikanische und nicht zu vergessen japanische Einfüsse haben es revolutioniert. Die chinesische Intelligenz studiert an den Hochschulen Englands, Deutschlands und Frankreichs. Sie schwärmt für Demokratie, für soziale Reformen, wenn nicht für Sozialismus und für die westeuropäische Zivilisation.

Aber jetzt kommt seltsame Kunde aus China. In Peking, auch jetzt noch ein Zentrum des chinesischen Reichs, haben sich die Mitschakulis erhoben. Eines Tages — über 20 000 waren es insgesamt — verschwanden sie von den Straßen, aber siehe da, kaum verschwunden, tauchten sie auch schon wieder auf, als wohlorganisierte Kampftruppen, die — sämtliche Straßenbahnenwagen überfielen, die Kassierer zum Aussteigen zwangen und die modernen Beförderungsmittel zerstörten. Keine Angelegenheit von untergeordneter Bedeutung! Diese Mitschakulis sind organisiert, sind nach westeuropäischem Muster organisiert in festen Gewerkschaften. Aber was nützt es, sie fährten ein Hungerdasein, das sie kaum noch vor dem Hungertode schützte.

Ueber Peking ist der Belagerungsstand verhängt worden. Ohne Zweifel, man weiß dort heute schon, was es heißt, wenn der organisierte Arbeiter sich erhebt und befähigt offenbart, daß das Beispiel anstehen wirken könne. Nun, auch der Mitschakulis wird den Siegeszug der Maschine nicht hemmen können. Aber in dem einen wird ihm jeder Arbeiter, welchem Lande und welcher Klasse er angehört, möge, recht geben, recht geben wird ihm in diesem einen Punkte jeder vernünftige Mensch, wes Reichens immer sein Verzug sein mag: Die Maschine ist nicht geschaffen worden, um einzelnen wenigen zu Nutzen zu verhelfen und die große Menge in ein Dasein des Elends hinauszustößen, das zur Verzweiflung treiben muß.

Geschloßplosion beim Präsidentenempfang

Washington, 24. Oktober. Die aus Madison gemeldet wird, explodierte dort gestern bei der Ankunft des Präsidenten Hoover ein Geschloß, aus dem Salzfische abgeben wurden. Sieben Personen wurden verletzt, davon fünf schwer.

Sturz in die Tiefe

Wld. Antwerpen, 23. Oktober. An einem Neubau führte ein Arbeiter zusammen, als er sich über einen Balken in die Tiefe und geriet in einen tiefen Abgrund, der sich am Rande des Straßens befand. Zwei der Arbeiter wurden getötet und die beiden anderen schwer verletzt.

Fischfressen in der oberen Elbe

Rimburg (Elbe), 24. Oktober. In den letzten Tagen wurden umgehore Klassen von Fischen, namentlich Karpfen, Hechte und Welsen, von der Elbe abgetrieben oder angeschwemmt. Es dürfte sich um viele Tausende von Fischen handeln, die offenbar durch verpestete Abwässer im Oberlauf getötet worden waren. Die Einwohner erschienen und schafften an Fischen fast, was sie tragen konnten, da man sie mit der Hand fangen konnte. Es gab Fische bis zu 18 Kilogramm darunter. Der Schaden ist sehr groß.

Strumpfdiebstahl

Ehrenfriedersdorf, 24. Oktober. Sonntag nacht wurde in die Fabrikräume der Strumpfabrik von Heidenfeld nach Durchsägung des Eisengitters ein Einbruch verübt. Es wurden halberbarte Waren im Werte von etwa 12 000 M. gestohlen. Die Täter sind unerkannt entkommen.

In Tode mitschuldig

Ehrenfriedersdorf, 24. Oktober. Ein fleischer Einwohner hatte mit seiner Tochter, die zum wiederholten Male schwanger war, eine beständige Auseinandersetzung. Im Verlaufe der erregten Auseinandersetzung in der Küche, vererbte der Vater dem Mädchen einen Fußtritt in den Hinterleib, der den sofortigen Tod zur Folge hatte.

Selbstmord

Bilau, 24. Oktober. Ein bei einem Gutbesitzer in Bittel beschäftigter Schweizer schloß sich aus unbekannten Gründen eine Furgel in die rechte Schläfe, die an der linken Seite wieder herauskam. Der Unglückliche verschied kurz darauf.

Berliner Verkehr

Die VVB. (Berliner Verkehrs-Gesellschaft) hat nach dem Ergebnis der letzten Zählung im Sommerquartal (vom Mai bis zum August) fast eine halbe Milliarde Fahrgäste befördert. Von den benutzten Verkehrsmitteln steht die Straßenbahn an erster, der Autobus an zweiter und die U-Bahn an dritter Stelle. Nicht man den gleichen Zeitraum des Vorjahres zum Vergleich heranzuziehen, so erreicht die Verkehrsziffer 48 Millionen.

Ämtliche Berliner Produkten-Notierungen

Table with 2 columns: Commodity and Price. Includes items like Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, etc.

Schlußnotierungen der Produktenbörse

Berlin, 24. Oktober. Weizen märklich (75-77 Durchschliff) 23.10, 23.10, 23.10. Roggen märklich (75-77 Durchschliff) 22.10, 22.10, 22.10.

Schlachtwiehmärkte Dresden vom 24. Ok. über

Wasserstände der Moldau, Eger und Elbe. Dresden, 24. Oktober. Elbe: 23.10, 24.10, 25.10. Eger: 23.10, 24.10, 25.10.

Wettervorhersage für den 25. Oktober

Wettervorhersage für den 25. Oktober. Mehrere, meist härter bewölkt. Teilweise Niederschläge. Im Flachland im früheren Verlauf geringer, im Gebirge etwas härtere Temperaturzunahme.

Dresdner Kalender

Theater am 25. Oktober

Opernhaus. 1. Sinfonie-Konzert der Reihe B / Solist: Jan Fajman (Anfang 19 1/2); Öffentliche Hauptprobe (Anfang 11 1/2). Schauspielhaus. Antichambre B: Die Räuber (Anfang 19 1/2, Ende nach 22 1/2). Volkshäuser Nr. 4588-4592.

Bankpleite

D. Pief, 24. Oktober. (Fig. Funk.) Die 1922 gegründete Bank in Kiel hat Verluste erlitten, die mehr als doppelt so hoch sind als das gesamte Aktienkapital und die Höhe fast die Gesamtumlagen erreichen, die in der Bilanz von Ende 1928 aufgeführt sind.

Politischer Einbruch des Sowjesspions?

Wld. Paris, 24. Oktober. Wie der Berliner Vertreter dem Journal meldet, soll der an der französischen Botschaft in Berlin als Portier beschäftigte ehemalige russische Oberst Michailow für den Sowjesspionagedienst gearbeitet haben.

Feng bedroht die Kanting-Regierung

Peking, 23. Oktober. Es ist am Dienstag der Armees Feng nach dreitägigem Kampf gelungen, die Front der Regierungstruppen 27 Kilometer von Kantow zu durchbrechen.

Das Reich und die Fräulein

Das Reich und die Fräulein. In einer am Mittwoch gehaltenen Besprechung der Regierung mit Vertretern der Koalitionsparteien über die Emella-Anglegenheit wurden die von der Regierung vorgetragenen und für die Interimnahme an der Emella maßgebenden politischen Gründe anerkannt.

Hungerstreik in Ungarn

Hungerstreik in Ungarn. In verschiedenen Strafanstalten Nagarns sind die politischen Gefangenen vor einigen Tagen in den Hungerstreik getreten. Die Behauptung, daß sie dabei ausschließlich um kommunistische Gefangene handelte, ist jedoch falsch.

Reine Stimmung der Adammung

Reine Stimmung der Adammung. Ähnlich wird mitgeteilt: Die Nachricht, daß das französische Oberkommando auf Veranlassung des Kriegsministeriums die Marschbefehle für die aus der Pfalz wegzuziehenden Truppen zurückgenommen

Letzte Nachrichten

Der tägliche Rückgang. D. Berlin, 24. Oktober. (Fig. Funk.) Am Mittwoch zeichneten sich in Berlin 11 900 Personen ein. Damit ist im Vergleich zum Vorlage wieder ein verhältnismäßig starker Verlust zu verzeichnen.

Betrügereien gegen die Volksbank

Betrügereien gegen die Volksbank. Kopenhagen, 24. Oktober. Die Kopenhagener Volksbank hat durch Betrügereien mehrerer von ihr finanzierten Firmen einen Verlust von mehreren Millionen Kronen erlitten.

Die fröhliche Sowjet-Vorkämpferin in Paris

Die fröhliche Sowjet-Vorkämpferin in Paris, Blakowsky, ist von der W.P.L. (politischen Geheimpolizei der Bolschewiken) in Saratow verhaftet und nach Sibirien deportiert worden.



Die fröhliche Sowjet-Vorkämpferin in Paris, Blakowsky, ist von der W.P.L. (politischen Geheimpolizei der Bolschewiken) in Saratow verhaftet und nach Sibirien deportiert worden.



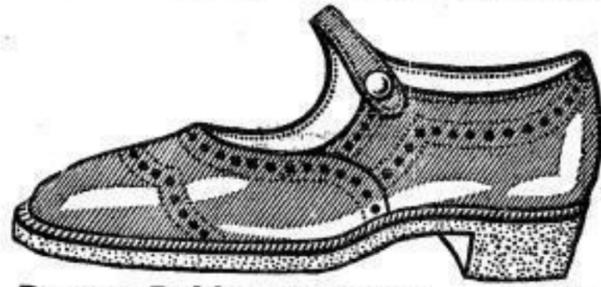
Herren-Schnürhalbschuhe
in braun und schwarz, elegant, spitze und moderne rechte Form, weisse Nähte, Lederfutter, 11,50, 12,50 **8⁵⁰**



Herren-Lack-Schnürhalbschuhe
mit und ohne Nubuk-Einsatz, in spitzer und reifer Form, Lederfutter, 11,50, 12,50 **10⁵⁰**



Damen-Nubuk- und Lackspangen
in schwarz, beige, grau, braun, mit geschweiften und geraden Absatz, hochbeleg. Form, 11,50, 12,50 **7⁵⁰**



Damen-Rubber-Spangen
echt Borkalf, mit weissen Nähten, in braun, beige, grau, mode **9⁵⁰**



Brokat-Spangen in silber, geschweifte Absatz, moderne Form **7⁵⁰**



Damen-Lack-Spangen elegante, moderne Form, mit geschweif. Absatz, Lederfutt., 12,00, 13,50 **7⁵⁰**



Eleg. Damen-Spangen in beige, grau, braun, sehr feine, elegante Formen, Lederfutt., gerade und geschweifte Absatz, 12,00, 13,50, 15,00 **6⁵⁰**

Edox-Schuhe

Herren-Halbschuhe in braun, echt Borkalf, in allen Formen 16⁵⁰	Herren-Stiefel in braun, echt Borkalf, in spitzer und breiter Form 16⁵⁰
Herren-Halbschuhe in Lack und Lackbesatz, in allen Formen 16⁵⁰	Herren-Stiefel in Lack, mit matt Einsatz, in eleganter Form 16⁵⁰
Herren-Halbschuhe in schwarz Borkalf, in allen Formen 16⁵⁰	Herren-Stiefel in schwarz, echt Borkalf, in allen Formen 16⁵⁰

— Sämtliche Artikel in Goodyear-Welt-Rahmenarbeit! —

Loewenstamm

Scheffelstraße 28
Wilsdruffer Str. 16

DIE BRÜCKE ZUR ERSPARNIS

führt über
die **Wi-Wo-Sa-Verkaufsstellen**,
weil dort **jeder** Hausfrau
ohne Mitgliedszwang, ohne Einzahlung
7% RABATT 7%
auf alle Waren gewährt werden.

Wir empfehlen
erstklassige haltbare gelbfleischige
Winterkartoffeln
per Zentner **4.80** Mark frei Keller
und **7% RABATT**
Bestellungen nehmen bis zum 30. Oktober
sämtliche Verkaufsstellen entgegen.

WI WO-SA

Unsere Lebensmittel-Geschäfte:

Burgstraße 28	Rietzelstraße 10
Cottbuser Straße 25	Schäferstraße 77
Deubener Straße 34	Wiener Platz 3 (Hauptbhf., Guthalle)
Frankenbergstraße 35	Witzburger Straße 66 (Ecke Münchener Straße)
Gebäude 27	Wallwitzstraße 49
Grillparzerstraße 3	Dresden - Niesitz, Zonnen- straße 62 (Ecke Treitche- straße)
Großenhainer Straße 2	
Großenhainer Straße 180	
Lenbachstraße 11	
Poststraße 22	

fordern
Sie auszusprechen

„Schinke“
den seit 30 Jahren bewährten
für ärztlich empfohlenen
Wermutwein
Zu haben in Apotheken, Drogerien
und Feinkost-Handlungen

Wer klug ist
kauft den guten



Sprech-Apparat
sowie alle Einzelteile zum Selbsten
billigst direkt beim Hersteller

Musik-Noack
Dresden-Neustadt
Bürgerstraße 6
Straßenbahn Nr. 14

Ein Posten Leere
Sohr- und
Tisch-Gehäuse
billigst. (1923)

Familienanzeigen finden in der Volkszeitung die weiteste Verbreitung.

Prof. Rübsamen
Reichstraße 14, Ecke Schnorrstraße - zurück. (1821)

Dr. Lotze
zurück (1480)



Strümpfe
in bester
Qualität

für
Damen/Herren/Kinder

besonders preiswert, größte Auswahl

Damenstrümpfe Mako, farbig, Doppelsohle, Hochferse 1,50	1,00
Damenstrümpfe Mako, extra starke Qualität, farbig sortiert, Doppelsohle, Hochferse 1,85	1,85
Damenstrümpfe Wolle, prima Qualität, farbig und schwarz, Doppelsohle, Hochferse 2,25	2,50
Damenstrümpfe Kaschmirwolle und Wolle mit Seide, farbig und schwarz, Doppelsohle, Hochferse 4,25	4,00
Damenstrümpfe prima Waschseide, Farben sortiert, Doppelsohle, Hochferse 2,25	1,50
Damenstrümpfe Bembergseide, neue Modelfarben, Doppelsohle, Hochferse 3,75	2,50
Herrensocken Baumwolle, verstärkte Spitze und Ferse 55	
Herrensocken Schweißsocke, grau 1,00	85
Herrensocken Mako u. Bembergseide, farbige Muster, 2,25	1,35
Herrensocken Kaschmirwolle, neue Muster 2,75	2,25
Herrenstutzen meliert, mit farbigem Rand, Wolle 4,75	3,75
Herrensportstrümpfe Wolle, Jacquard und gemustert 6,75	5,00
Kinderstrümpfe Gr. 12 11 10 9 8 7 6 5 4 3 2 1 Wolle, 1x1 gestrickt, farbig und schwarz 2,75 2,50 2,35 2,25 2,10 2,00 1,85 1,75 1,60 1,40 1,25	1,10
Kinderstrümpfe Gr. 12 11 10 9 8 7 6 5 4 3 2 1 Wolle, besonders starke Qualität, alle Farben und schwarz 4,25 4,00 3,75 3,50 3,30 3,10 2,85 2,60 2,30 2,10 1,80	1,50

Strumpfrepatur „Stelos“

Konsumverein

VORWÄRTS



Die Wache
Wilsdruffer Str. 16
E. Spielhagen

„Stierblut, Rotwein“
Für alte Knaben und junge Frauen das Beste
Ein schöner, blutroter Wein, nicht süß, nicht herb - Dieser Wein bringt Sommerhitze in jedes Herz hinein!
Manege (1877) der Fa. C. Spielhagen.
Fl. 2,20, 1/2 Fl. 1,20
Liter vom Fass 2,20

C. Spielhagen
Annonstraße 9
Bautzner Straße 9
Galeriestraße 9

Strumpf-Reparatur
Neue Sohlen an Paar
feinen Strümpfe
Paar 60 Pf.
Maschen nachstricken v. 25 Pf. an
Textilhaus
Störze
Am Hauptstr. Markt 5
Annahmestelle
zu vergeben
Meheloser Verdienst

Billige Schlafzimmer-Einzelmöbel
Stuhl- und Klappstühle
Matratzen (alle Größen)
Sofas, Schlafsofa, Kissen,
Kleider- und Wäscheschränke, Kleiderbügel,
Nachtschränken usw.
Ausserst billig

direkt von der Fabrik
Teilkzahlung gestattet.
10% Kassenrabatt
Fabrik-Niederlage
Berg: Annenstraße 8
neben Volksbuchhandlung

Die Revolutionen Europas
Volksbuchhandlung

trüher
famili
den St
um das
den W
geschir
bahnen
trom, i
Nadlab
achten
der Ar
che er
das h
für sein
geben:
hüllen
das ein
Nusgan
bringen
ne d e
Hülle
gemein
tungen
Schnell
mehr zu
Trennu
und Ka
Gambur
neuen
erhöht
nicht zu
Prüden
jen erh
übrigen
eine bef
Di
50 Kilo
inn, ebe
kann, o
neue n
gefe h
fehrige
dort, wa
jagen al
„Bereins
No
zu einer
Gemand
Nadfabr
Tempo
lassen; f
Di
Lofung.
der allg
regeln, i
hier mit
Be
Stadt d
ant ang
die geg
gewübl
mal ein
lehr. T
gern dal
joweit n

berichtet
seiner
beschaffte
lange, er
stellen, f
Wichtige
Schluffe,
scheinen
be r e d g
500 000
durch W
aktionen
aus der
einem G
im Trufe
die Stadt
begeist

auch lei
Dynastie
einen D
W
noch nich
v. Gort
L and g
R and g
S e f h m
Wartilde
W. S. zu
und totf
Daus W
wird, fel
nicht gele
Wollig
morden i
weberlof
Kolar W
und beff
vertreten
S
feffellen
geschle
August
ein g e
g ch o r
Uhe deu
Hinderlo
weiter
R n i g

Dresdner Chronik

Verkehr und Radfahrer

In. Trotz der starken Entwicklung motorischer und elektrischer Verkehrsmittel ist das Fahrrad noch immer das volkstümlichste Fahrzeug. Der Radfahrerverkehr ist nicht nur in den Straßen der Städte, sondern auch außerhalb derselben um das Zwölffache stärker wie der übrige Straßenverkehr. Man beobachtet einmal in den frühen Morgenstunden den Verkehr auf der Marienbrücke. Unzählige Pferdegeschirre, Automobile aller Art, Handwagen und Straßenbahnen bilden den wechselvollen und brausenden Verkehrsstrom, und zwischen dem Wirrwarr müssen sich unzählige Radfahrer ihre Fahrbahn suchen, die Verkehrsordnung beachten und dennoch ihre Zeit einhalten, um rechtzeitig an der Arbeitsstätte zu sein. Der radfahrende Arbeiter muß, ehe er seine Arbeitsstätte erreicht, schon seine Kräfte auf das höchste anspannen und geistige und körperliche Kräfte für seine persönliche Sicherheit aufwenden.

In letzter Zeit haben Verkehrsunfälle folgendes ergeben: Stürzt ein Radfahrer, so wird er in den meisten Fällen von nachkommenden Großfahrzeugen überfahren, so daß ein an sich leichter Sturz zuletzt doch noch mit tödlichem Ausgang enden oder mindestens schwere Verletzungen mit sich bringen kann.

Radfahrerwege sind daher eine dringende Forderung, denn sie verringern die täglichen Unfälle und heben die Sicherheit aller Beteiligten im allgemeinen Straßenverkehr. Weitsichtige Kommunalverwaltungen erkannten bald, daß die gewaltige Zunahme des Schnellverkehrs auf Brücken, auf denen er sich naturgemäß mehr zusammenballt als auf anderen Verkehrswegen, eine Trennung des allgemeinen Verkehrs von dem der Fußgänger und Radfahrer notwendig macht. Beispielsweise werden in Hamburg, Nürnberg, Magdeburg, Lübeck und Stettin bei neuen Straßen im Stadtgebiet entweder Radfahrerwege mit erhöhter Panzette, oder wenn es die geringe Breite der Straße nicht zuläßt, wenigstens Radfahrstreifen eingelegt. Auf den Brücken muß praktischerweise der Radfahrerweg oder -streifen erhöht ausgeführt werden, um den Radfahrer aus dem übrigen Straßenverkehr herauszunehmen und gleichzeitig eine bessere Verkehrsregelung zu erzielen.

Die Stadt Dresden besitzt gegenwärtig nur knapp 50 Kilometer Radfahrerwege. Es ist also noch sehr viel zu tun, ehe man mit einem Fahrrad das Stadtgebiet passieren kann, ohne gefährdet zu sein. Und trotzdem: auf der neuen Elbbrücke ist kein Radfahrerweg vorgesehen! Da haben wir nun Verkehrsverordnungen, Verkehrszeichen, Verkehrspolizei, Verkehrsunfälle in Masse, und dort, wo man einmal die Sache richtig packen könnte, da versagen alle guten Geister. Selbst wiederholte Anregungen des „Bereins für Radfahrerwege“ blieben unbeachtet.

Radfahren wird inmitten des zunehmenden Verkehrs zu einer wahren Kunst, verlangt in vielen Fällen artistische Gewandtheit und eine starke persönliche Disziplin. Ältere Radfahrer, die vor einigen Jahren noch in gemächlichem Tempo durch die Stadt fahren konnten, müssen es jetzt sein lassen; sie sind vom Verkehr überfordert worden.

Die Straße dient dem Verkehr. Eine zeitgemäße Lösung. Aber bitte nicht auf Kosten von Menschenleben und der allgemeinen Sicherheit. Verkehr kann man nur dann regeln, wenn alle Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Und hier müssen die ersten Fortschritte endlich einsehen.

Vor einigen Jahren besuchte ich Kopenhagen — die Stadt der Radfahrer —, da gab es schon längst allenthalben gut angelegte Radfahrerwege. Und bewundernswert war die gegenseitige Rücksichtnahme im stärksten Großstadtdrängel, die Disziplin aller Einzelner. Versuchen wir einmal ein Deutschland, Deutschland über alles... im Verkehr. Das wäre nicht zu verachten. Wir Radfahrer wollen gern dabei helfen mit Anregungen und praktischer Mitarbeit, soweit man uns solcher Hilfe für würdig hält.

Kron's Unterschlagungen

Die Nachforschungen der Polizei haben, wie uns aus Berlin berichtet wird, ergeben, daß Rechtsanwalt Dr. Kron die Flucht mit seiner Frau von langer Hand vorbereitet hat. Der Rechtsanwalt beschaffte sich nicht nur ausländische Pässe in erheblichem Umfang, er ließ sich auch Pässe für Bulgarien und die Türkei ausstellen, so daß man jetzt eine Handbahn für seine Fluchttroupe hat. Wichtige Papiere hat Kron vor seiner Abreise vernichtet. Die Verleugung, die durch die Veruntreuungen Kron's eingetreten sind, scheinen nicht so hoch zu sein, wie man anfangs annahm. So beträgt die Schädigung der Stadt Dresden etwa 500 000 Mark, wobei Aussicht besteht, einen Teil des Verlustes durch Vereinbarungen mit einer Feriebank, in die Finanztransaktionen hineingezogenen Großbank wieder auszugleichen. Auch die aus der Fortschritt-Pflichtigkeit flammenden Hypothekenrechte in einem Gesamtwert von etwa einhalb Millionen Mark wurden im Refektor Kron's wieder gefunden. Die Hauptbeiträge scheint die Stadt Waldenburg zu sein, deren Schaden auf etwa 800 000 M. beziffert wird.

Wer ist König von Sachsen?

Ein Prozeß gegen das Haus Wettin

Seit der Revolution ist es niemand mehr, und es wird's auch keiner wieder werden. Die Geschichte der weltlichen Dynastie schließt mit Friedrich August's lapidarem Wort: „Nacht einem Dreck alleine!“

Wer König von Sachsen gewesen zu sein, ist auch heute noch nicht so äbel, und diese Vorzüge haben den Herrn Viktor v. Horvath bestimmt, vor der 4. Zivilkammer des Dresdner Landgerichts einen Prozeß gegen den früheren König von Sachsen, Friedrich August, und dessen Geschwister, Prinz Johann Georg und Prinz Max, Prinzessin Mathilde und Erzherzogin Maria Josepha, anzufertigen. Wie die W. Z. zu berichten weiß, soll der erste Termin demnächst stattfinden, und tatsächlich ist beim Landgericht Dresden eine Klage gegen das Haus Wettin eingereicht worden. Ob es zur Verhandlung kommen wird, steht noch nicht fest, da der Gerichtsvorbesitzer bisher noch nicht geantwortet hat und bereits viermal der Antrag des Klägers auf Bewilligung des Armenrechts zur Führung des Prozesses abgelehnt worden ist. Der Kläger, der in Berlin lebt und gegenwärtig Erwerbslosenunterstützung bezieht, wird durch Rechtsanwalt und Notar Müller-Möbe in Dresden, der frühere König Friedrich August und dessen Geschwister durch Justizrat Dr. Webing in Dresden vertreten.

Horvath fordert in seinem Klageantrag: Das Gericht möge feststellen, ob der im Jahre 1921 durch Selbstmord aus dem Leben geschiedene Vater des Klägers, Viktor v. Horvath, im August oder September 1854 von der damaligen Kron-Prinzessin Carolina von Sachsen als ehelicher Sohn geboren wurde. Es wird in der Klage behauptet, daß aus der Ehe des Kronprinzen Albert und seiner Gattin, die immer als kinderlos galt, tatsächlich ein Sohn hervorgegangen ist. Es wird weiter behauptet, daß nach der gesetzlichen Erbfolge im Königshaus Wettin nach dem Tode König Albert's dessen

In Sachen Riefischel contra Böppelmann

Das private Dasein schafft oft Situationen und Konflikte, die uns in Düsternis hüllen und unsere Fröhlichkeit mit Weitauf beständen. Wir haben vielleicht nach jahrelangen Erwägungen unsere Wohnung vorziehen lassen. Bei solchen Gelegenheiten werden Opfer gebracht, zu denen wir sonst nie den Mut fanden. Allerlei teurer Ballast, jahrzehntelang unfröhlich durchs Leben geschleppt, wird rücksichtslos ausgemergelt. Auf dem Vorplatz häuft sich ein Berg von überflüssigen und wertlosem Kram, ein paar große Säcke tun sich auf, und ein Mann zieht seinen Handwagen befreit zum nächsten Haus. Endgültig sind wir von den Dingen befreit, die in der Sprache des Lumpenhandels so wohlwollend „Probathie“ genannt werden.

Aber es ist doch etwas zurückgeblieben. An dem Randstücken, das uns Oskel Frey einst zur Hochzeit schenkte, zerbrach unser tücherfürmerisches Wallen. Es paßt nicht in die neue Wohnung, es stört den ganzen Eindruck, wir schieben es dahin, wir schieben es dahin, und wir merken in jedem Falle, daß Rietat eine Lüge ist, die unter Seufzern gelbt sein will.

Rechtliches begibt sich, in größerem Maßstabe nur, zur Zeit im Zwinger.

Der Plastik, der uns ergötzt,
Weil er die großen Mäune, seht,
Grauschwarzlich, grünlich o-er weißlich —

hieß in diesem Falle Ernst Riefischel, der ein Klaffzitt von gewissem Format war und in die Mitte des Zwingers ein Denkmal Friedrich Augusts der Gerechten pflanzte. Gepaßt hat es niemals an diese Stelle. In seiner nächstern Genauigkeit, wie sie dem Geist des Klassizismus, aber auch des Dargestellten entspricht, schien es immer schon die aufschäumende Ornamentik des Zwingers und seine geistvolle Grazie auf eine etwas schulmeisterliche Art widerlegen zu wollen. Dazu kam sein achsenverfehlender Standort, welcher den Blick auf den nordwestlichen Pavillon, das schönste Stück des ganzen Bauwerkes, ziemlich verbar.

Die gründliche Ueberholung des ganzen Zwingers sollte nun endlich die ersehnte Gelegenheit zu einer Aenderung bringen. Die Art aber, auf welche die Uableitung die Lösung der Aufgabe gefunden zu haben glaubt, muß den allerhöchsten Protest herausfordern. Es ist ihr wahrhaftig geklärt, den einzigen Ort in ganz Dresden ausfindig zu machen, wo das Monument unter gar keinen Umständen stehen kann. Dieser Platz befindet sich am Fuße der neuen Freitreppe im Zwinger, unmittelbar vor dem Torbogen, der zum Theaterplatz führt, und an diesem Platz steht jetzt das Denkmal.

Wir haben wochenlang geögert, unsere Ansicht hierzu kundzugeben. Wir hoffen immer noch auf eine regerische und manderlose Nacht, die der Uableitung Gelegenheit gäbe, ihren Schuldberg freich ohne großes Aufsehen zu annullieren. Inzwischen sind schon

viele solche Nächte ungenutzt verstrichen. Wir glauben uns zu solchen Hoffnungen um so mehr berechtigt, als angebeutet wurde, es handle sich nur um ein Probitorium, und man habe nur eben einmal die Wirkung ausprobieren wollen.

Dazu ließe sich freilich sagen, daß die Wirkung auch für mit Vorstellungskraft Kinderbegabte von vornherein nicht zweifelhaft sein konnte. Auch sind schließlich Denkmäler keine Haus-tischen: Ein König und vier Präuleins aus Bronze samt Sockel und dazugehörigen Stufen, wenig gebraucht, das sind ja immerhin recht gewichtige Erscheinungen. Sollte also die Absicht bestehen, noch weitere Aufstellungsproben im Zwinger vorzunehmen, so würde es sich empfehlen, den Moloß gleich auf Mäder zu setzen, wenn man schon nicht auf den naheliegenden Gedanken kommt, eine Klotztrappe aus Holz und Leinwand zu verwenden. Wir wollen aber der Uableitung unter dem Siegel der Verschwiegenheit ein Geheimnis verraten: Es gibt für das Denkmal keinen Platz im neugefalteten Zwinger. Warum? Es ist in der Welt schafft man es nicht heraus — ist es nicht groß genug? Die Hälfte des Weges ist ja ohnehin schon beschritten, denn tatsächlich hört ja der Zwinger an seinen nordöstlichen Ende auf. Die vierte Seite wird durch den Semperischen Renaissancebau geschlossen, der die Galerie beherrscht. Es sieht also fast so aus, als hätte man das Denkmal dem Vorkreis Böppelmanns entgegen wollen, indem man es dem Semperbau angedreht — zweifellos ein richtiger Gedanke. Er hätte aber an der Außenfront des Galeriebaues demotiviert werden sollen, wo das Denkmal außerdem in Beziehung zum Schlosse stand.

Wie sieht es nun aus! Man kommt zum Beispiel vom Theaterplatz her. Statt aber nun, aus dem Torbogen tretend, von dem in ganz Europa einzigartigen Eindruck der feillichlichen Anlage übersehen zu werden, prallt man auf die monumentale, aber unhöfliche Mädenansicht eines grauschwarzlichen Herrn, der die ganze Aussicht kategorisch blockiert hält. „Schade, schon befehlt“, sagt man unwillkürlich. Kommt man aber von der anderen Seite her, so sucht man als Fremder nach dem Ausgang, den Friedrich August so listig verdeckt, und als Dresdner wundert man sich, woher eigentlich der Name „Freitreppe“ kommt. Ich bin so frei, diese Freitreppe eine hoffnungslos verfallene Treppe zu nennen. Ursprünglich war sie eine ausgezeichnete Idee, diese Freitreppe. Aber nun ist sie auf eine groteske Art jedes Sinnes beraubt worden.

Es wird höchste Zeit, daß sich die verantwortlichen Stellen von den Vorurteilen einer völlig mißverstandenen Rietat freimachen. Man kann sich auch des Eindrucks nicht erwehren, daß es dabei viel weniger um Riefischel als um Friedrich August geht. Wo sind „die Kräfte wirksam“ — bei den Künstlern, die die Wiederherstellung des Zwingers leiten, können wir sie doch kaum suchen —, die die Zwingererneuerung durch diesen byzantinischen Stielich so völlig verderben? H. L.

Krone und Vermögen auf Olga v. Horvath hätte übergehen müssen und daß, wenn nicht durch den Umsturz von 1918 König Friedrich August des Thrones verlustig gegangen wäre, Viktor v. Horvath auf die sächsische Königswürde Anspruch zu machen hätte. Jetzt begnüge er sich damit, durch die Klage gegen seine angeblichen Vettern und Nichten aus dem königlichen Hause den Namen eines Prinzen von Sachsen-Wettin und damit die Grundlage für die Erlangung der Erbschaft der Königin Carola, in der er seine Großmutter sieht, zu erschüttern.

Mit welchem königlichen Wort mag Friedrich August von dieser Klage Kenntnis genommen haben?

Jugendbergs Massenheere

Am Mittwoch, dem achten Tage, haben sich in Dresden 1243 Personen für das Volksbegehren eingetragen, insgesamt also innerhalb der ersten Hälfte der Einzelnachfrist 8450. Beim Volksbegehren gegen die Fürtrennung hatten sich in der gleichen Zeit insgesamt 75 000 Personen eingetragen, an dem einzigen achten Tage allein rund 16 000, an diesem einen Tage also über noch einmal soviel wie diesmal in acht Tagen.

Die republikanische verfassungstreue Bevölkerung von Gotta wird darauf aufmerksam gemacht, daß in den „Mathauslichtspielen“ im Gethhof Gotta zwischen den Filmvorführungen innerhalb der Lichtbildkassette Kellame für das Jugenbergsche Volksbegehren gemacht wird. Wir nehmen an, daß Herr Partl auf den Besuch seines Kinns durch Arbeiter verzichtet und sich auf Stahlhelm- und Hitler-Reute beschränkt. Wer die Mathauslichtspiele besucht, unterstützt jedenfalls damit indirekt die deutschnationale Propaganda für das Volksbegehren.

Sozialdemokratische Anträge

Unsere Stadtverordnetenfraktion hat beantragt: Kollegium wolle beschließen, den Verwaltungsrat der städtischen Straßenbahn zu ersuchen, sofort die Straßenbahnlinie 21 durch die Bodenbacher und die Rembrandtstraße bis zu den Siedlungen Winterbergstraße zu verlängern. Weiter wurde beantragt, daß zu den jährlich stattfindenden Kursen der Staatlichen Hochschule für Wirtschaft und Verwaltung, Berlin, zwei Arbeitnehmer aus städtische Kosten entsandt werden sollen, deren Auswahl im Ausschuss (hier Stadtverordnete, zwei Ratmitglieder und drei Vertreter der örtlichen Spitzenorganisationen) vorzunehmen soll. Beantragt wurde ferner: In allen Volksflächen den Aufschub für die vom Fürsorgeamt vertretenen um das Doppelte zu erhöhen. Ein dritter Antrag verlangt die Uebernahme schon bestehender Lehrlingsheime in städtische Regie und die Ueberrichtung weiterer Lehrlingsheime in allen Bezirken der Stadt. Diese Anträge stehen heute abend zur Beratung. Ein weiterer Antrag: Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, a) in eine Prüfung darüber einzutreten, ob sich schon jetzt, unbeschadet des geplanten Zwischenbaues, in der 7. und der 14. Volkshaus eine neue Feigung einbauen läßt, b) bei Bejahung dieser technischen Frage beschleunigt eine entsprechende Vorlage herüberzugeben, wird später beraten werden.

Zwei Freunde werfen mit Revolvern

Das geschah während der Beweiserhebung in einer Verhandlung, in der der 46 Jahre alte Installateur Fritz Wunder des Kaufmännischs und des unerlaubten Waffensbesitzes beschuldigt war. Wunder hat schon von sich reden gemacht. Er gilt als schwer vorbestraft und verurteilt zuletzt bis zum 23. Mai 1929 eine mehrjährige Zuchthausstrafe, die zum Teil durch ein Urteil des Schwurgerichts Dresden wegen Körperverletzung mit Todesfolge verhängt wurde. Es handelte sich damals um den Tod einer Wirtschafterin des Wunder, der ihn nach jener Anklage vorläufig herbeigeführt haben sollte.

Nach seiner Entlassung aus der Strafanstalt traf Wunder mehrfach mit einem früheren Freund, dem Kohlenhändler L., zusammen, mit dem er vor Zeiten auch einiges „ausgestellen“ hatte. Diesem L. sollte er im August eine Armeepistole mit Munition aus

dem Kontorraum gestohlen haben, was Wunder vor dem Amtsgericht ganz entschieden bestritt. Er gab an, die Waffe sei ihm von L. als Pfand für eine Forderung übergeben worden, und er, Wunder, hätte die Absicht gehabt, die Pistole gelegentlich bei der Polizei abzuliefern.

Der Kohlenhändler trat als Zeuge auf, um mit großer Bestimmtheit zu versichern, daß Wunder die Waffe entwendet habe. Zwischen Beide und Gegenrede steigerte sich die Erbitterung der ehemaligen Freunde, und plötzlich legte der Zeuge los: Wie würde er denn dem Wunder eine Pistole gegeben haben, der zu ihm gesagt hätte, daß er seinen Sohn aus der Welt schaffen mölle! Kaum war der Zeuge fertig, da begann der Angeklagte auszuwaden. Es waren Beschuldigungen schwerster Art, die er vorbrachte: Der Zeuge sei der größte Verbrecher, der in der Welt herumlaufe. Er habe von ihm, Wunder, gewünscht, daß er seinen, des L., Kohlenhof in Brand stecken solle, da er doch verurteilt sei. Er habe ferner angetragen, die ebenfalls verurteilte Frau des L. die Treppe herunterstürzen, um ihr damit das Genid zu drehen! Und schließlich sollte L. von Wunder auch verlangt haben, daß er einem gewissen Jemand einmal einen Kopf Säure ins Gesicht gießen mölle! Als dann L. wieder zum Reden kam, erzählte er von weiteren Plänen Wunders, die sich auf einen Einbruch und auf Heiratsschwindeln bezogen haben sollen. Hinsichtlich der Bezeugungen schweben wohl Erörterungen.

Die Verhandlung mußte endlich auf Mittwoch ausgesetzt werden. Der neue Termin endete dann mit der Beurteilung Wunders nur wegen des Waffensbesitzes, nicht auch wegen Mord-saldbestands, der nicht als erwiesen galt. Die Strafe von zehn Tagen Gefängnis wurde mit der Unteruchungshaft als verbüßt angesehen.

Arbeitsgericht

Der überschrittene Urlaub

Eine Kellnerin hatte sich zu Anfang einer Woche Urlaub erbeten, um an der Beerdigung ihrer auswärts verstorbenen Mutter teilzunehmen. Der Urlaub wurde ihr bis Ende der Woche gewährt und ihr dabei gesagt, daß sie erst anzukommen solle, wenn sie wieder zurückkäme. Sie kam am Sonnabend zurück, tief aber erst am Montag an, daß sie am Dienstag die Arbeit wieder aufnehmen. Der Wirt erklärte ihr, daß das nicht ohne weiteres ginge, da er erst die Ersatzbedienung, die er an ihrer Stelle eingestellt habe, fragen müsse, ob sie freiwillig zurücktrete. Diese trat aber nicht zurück, und nun wurde die Kellnerin, als sie ihren Dienst antreten wollte, wieder fortgeschickt. Sie sahte das als eine zu Unrecht erfolgte fristlose Entlassung auf und verklagte den Wirt auf den Lohn für die 14tägige Kündigungsfrist nach ihrem Durchschnittslohn von wöchentlich 30 M.

Vor dem Arbeitsgericht wurde lange darüber debattiert, ob überhaupt eine fristlose Entlassung erfolgt sei, da das Gericht im Gegenfall zu dem Verbandsvertreter des Beklagten der Auffassung war, daß in der Erklärung des Wirtes, er müsse erst sehen, ob die andere zurücktrete, keine Kündigung zu erblicken sei. Die Meinungen gingen so stark auseinander, daß der Syndikus den Richter als Befangen ablehnen wollte. Das Gericht zog sich zur Beratung zurück und erklärte dann, daß doch eine fristlose Entlassung vorliege. Nun behauptete die Klägerin und wies das auch durch eine Zeugin nach, daß sie am Sonntag arbeitsunfähig krank war, so daß sie gar nicht zur Arbeit erscheinen konnte. Das Gericht hätte die fristlose Entlassung als berechtigt anerkannt, da die Klägerin ihren Urlaub überschritten hatte. Das neue Vorbringen der Klägerin über ihre Krankheit machte jedoch das Ueberschreiten des Urlaubs entschuldbar. Das Gericht hielt zwar das Verhalten der Klägerin, daß sie von ihrer Krankheit den Wirt nicht in Kenntnis gesetzt habe, für nicht korrekt, aber auch nicht für schwerwiegend genug, daß es zur fristlosen Entlassung ausreichte. Es verurteilte den Beklagten nach dem Klageantrag, da die Klägerin durch Krankheit an der Wiedererfüllung der Arbeit nach ihrem Urlaub verhindert war.

Stiftungsbeihilfen. Das städtische Fürsorgeamt macht bekannt: 1. Aus der Benad. Hänsel-Stiftung sind zu vergeben: a) einige Unterstufungen an Personen, die in Dresden wohnen und zu ihrem Lebensunterhalt oder in Krankheitsfällen der Unterstufung bedürfen. Hiervon können auch einige größere Beihilfen zu Babefuren u. dgl. bewilligt werden; b) einige Stipendien zur weiteren Ausbildung im Beruf an Personen, die in Dres-

den geboren oder hier wohnhaft sind, dafern sie in Kunst, Wissenschaft oder Landbau tätig sind und mit guten Zeugnissen über ihre Tüchtigkeit versehen sind. — 2. Aus dem August Karl Schmidtschen Stipendienfonds sind drei Stipendien zu je 200 M. an je einen Akademiker der Malerei und der Bildhauerkunst der Akademie der bildenden Künste in Dresden und an einen Schüler des Konservatoriums für Musik in Dresden zu vergeben. Beacht werden können würdige und hilfsbedürftige Personen, die in Langen oder in Dresden geboren sind oder wenigstens in einer dieser Städte eine Schule besucht haben. — Bewerbergesuche um Unterstellungen zu Ia sind unter Befugigung einjähriger ärztlicher Zeugnisse, Bewerbergesuche um Stipendien zu Ib und J unter Befugigung eines Lebenslaufes sowie der Schul-, Lehr- und sonstigen Zeugnisse bis zum 6. November 1929 beim Fürstprinzen, Landhausstraße 8, 8., Zimmer 57, einzureichen. Fragebogen für die erforderlichen Angaben über die Verhältnisse der Stipendienbewerber zu Ib und J sind sofort zu entnehmen.

Das Zentrum im Stadterweiterungsamt. Der Waffendorfslag der Zentrumspartei für die Stadterweiterung liegt nunmehr vor. Er enthält u. a. den feinerzeitigen Landtagsabgeordneten Verwaltungsdirektor Richard Müller und den Kaufmann Johannes Engelius. — Demnach scheint der bisherige Zentrumsvorleiter, Kaplan Engler, der sich als Kandidat der Deutschen Volkspartei angeschlossen hatte, nicht mehr ins Kollegium zurückzukehren.

Schlechte Wasserstandsverhältnisse. Der Wasserstand der Elbe hat auch in der letzten Woche noch keine wesentliche Besserung erfahren; der Dresdener Pegel hält sich auf etwa zwei Meter unter Null. Auch der Spiegel der Weißeritzsperrten ist trotz stärkeren Zuflusses durch die letzten Regenfälle dauernd zurückgegangen. Die Talsperre Watzke, die 9000 000 Kubikmeter fassen kann, enthält gegenwärtig nur noch etwa 645 000 Kubikmeter, so daß bereits wieder große Herdstrecken trocken liegen. Die Wasserabgabe wird voraussichtlich in den nächsten Tagen ein- geschränkt werden müssen, da man nach Möglichkeit wenigstens 200 000 Kubikmeter in der Sperrdeiche halten will. Das mit der Sperrdeiche verbundene Kraftwerk hat schon vor etwa acht Tagen den Betrieb eingestellt. Nur ein starker Dauerregen kann eine Besserung der Wasserstandsverhältnisse herbeiführen.

Drei Vergleiche aus Osnabrück. Die Brüder Keller, sind in Dresden gelandet. Sie fahren auf einem buntemalten Wagen, den ein Paar Schimmel ziehen, und sind schon seit über einem Jahre unterwegs. Ihre Wagen stellt ein jahrelanges Vergewaltigungsbrot, das mechanisch angetrieben wird und zwischen der Belehrung dienen soll. Ein majestätischer Gegenstand, der wie ein Lautsprecher aussieht und an Bronchialkatheter leidet, ist auch dabei. Wie die Brüder Keller, von Lehrern und Redatoren, die den pädagogischen Wert des Ganges befähigen, illustrierte Festungsartikel und Photographien aus dem Stollen, alles schon etwas vergilbt von Wind und Wetter eines Wanderjahres. Die drei Brüder sagen, daß sie überall Verständnis werden möchten für das schwere Los des Bergmanns. Ob sie das nun auf die richtige Weise tun, und ob sie wirklich zu den richtigen Klumpen gehören, wie sie zu Hunderttausenden im Bauch der Erde frönen, ein hartes, freudloses Arbeitsloos namentlich der Altkohlebeden, das bleibt freilich eine andere Frage. Aus den selbstverfaßten Gedichten, die sie für einen Groschen verkaufen, klingt ein kalter Ton. „Die Todesfahrt des Bergmanns“ (Melodie: Seemannslied), das „Vorgengelied eines Bergmanns“, aber gar „Der Mühlstein an der Mühle“ — „Da fahrt der Himmel in nächstem Rot, das drübe dir, Franzmann, Made und Tod“ —, mit solchen Entgleisungen weicht man kaum das richtige Verständnis für das Land des finsternen „Königs Kohle“, das Einzelne in seinem padenden Roman befaßt. Das ist schade, denn der Kumpel verdient es schon, daß wir recht oft und ernsthaft an ihn denken.

Kraftfahrerkonventionen. Seit 15. Oktober hat der Kraftfahrerkonvention neue Nummern, und zwar 64001 und 64011. In diese Nummern einzupragen, veranstalten die Dresdener Kraftfahrerkonvention vom Montag, dem 25. Oktober, bis Sonntag, den 3. November, eine Werbeweche. Jeder Fahrer erhält in dieser Woche einen nummerierten Prämienschein. Dieser berechtigt zur Teilnahme an einer Auslosung. Am Ende der Werbeweche werden von den herausgelosten Prämienscheinen, die im Kapital bei den Veranstaltern vorhanden sind, durch einen Lotter 50 Nummern gezogen. Auf diese Nummern entfallen die auf den Prämienscheinen befalligen Gewinne. Jeder Preis berechtigt zu einer Preisfahrt mit zwei bis vier Personen einschließlich des Gewinners. Die gezogenen Nummern werden in den Tageszeitungen am Sonntag, dem 10. November, bekanntgegeben. Die beiden ersten Preise sind zum Beispiel je eine Preisfahrt über 150 Kilometer. Die Tour kommt einer Fahrt von Dresden nach Weiden — über — Riesa — Radeburg — Königsdorf — Radeberg — Stolpen — Dohna — Schandau — Radeburg — Dresden gleich. Gegen Ausgabe eines Prämienscheines mit Gewinnnummer im Büro der Kraftfahrerkonvention, Blumenstraße 6, erhält der Teilnehmer den Preisbescheinigung ausgehändigt. Während der Werbeweche führen die Kraftfahrerkonvention gelbe Wimpel mit den neuen Nummern und sind mit Wimpeln in den Stadtfarben geschmückt.

In der 1. Kassenausstellung, die vom 30. Oktober bis 3. November im Städtischen Ausstellungspalast stattfindet, werden in einer Sonderkabine auch lebende Pelztiere wie Silberfuchs, Waschbär, Kex, Erasmus, Alts ausgestellt sein, um darzutun, daß die Tiere, abgesehen von der Unmöglichkeit, sie zu Pelzwerkzeugen zu machen, kein Objekt für die Fellgewinnung ist. Für die Ausstellung weisen die Veranstalter auf die Möglichkeit des Erwerbs bedeutend ermäßigter Eintrittskarten zum Vorverkaufsort hin.

Im Thalia-Theater gastiert die rheinische Truppe Hermann Jöbs nach bis zum 30. November. Augenblicklich spielt das Ensemble drei einaktige Lustspiele, die viel beachtet werden. In der ersten geht es wieder einmal der „bösen Schwiegermutter“ an den Krügen, die zweite bringt eine wirklich komische Operette, die bei der alle Beteiligten sich zuhause gefühlt, indes die beiden „Medien“ sich vor Lachen den Bauch halten. Der dritte Einakter — der nettelte — handelt von einem wütenden Othello und einem Wargarinhändler, der unterm Welt gefunden wird und von nichts was weiß. Das Spiel ist wie immer recht flott und launig. Die kleine Truppe ist unter Jöbs Leitung in guten Händen.

Volkshilfe. Für die ersten drei Quartale 1929 ergaben sich folgende Zahlen. Versicherungsbeiträge: 445 668 mit 208 Millionen Mark Versicherungssumme; Versicherungsbeitrag (Ende September): 1 834 000 Volken mit 748 Millionen Mark Versicherungssumme; Vermögen (Ende September): Bestand rund 75 Millionen Mark; Versicherungsleistungen (Januar bis September 1929): 21 Millionen Mark. Bei dem Schwesterunternehmen der Volkshilfe, der Feuer- und Sachversicherungs-Aktiengesellschaft „Eigenhilfe“, die je nach den örtlichen Verhältnissen von den Konsumvereinen oder den Rechnungshältern der Volkshilfe vertreten wird, wurden von Januar bis September 1929 61 500 Versicherungsbeiträge gestellt. Ende September hatte die „Eigenhilfe“ einen Bestand von 450 000 Feuer- und Einbruchdiebstahlversicherungen.

Ein sportliches Verbandsfest hält die Abteilung Reusstadt des Vereins für volkstümlichen Wassersport am kommenden Sonnabend im Reichsbanner, Völschweg ab. Es werden gymnastische und Reitmehlaufübungen gezeigt, ebenso plastische Gruppen. Anschließend ein Tanzchen. Die Arbeiterkraft der Reusstadt wird um zuge Unterstützung gebeten.

Ein Richard-Wagner-Abend, veranstaltet von der Kongertgemeinschaft der Vereinten Sänger Gorbis, und des Freischützlers Leutenich, findet Freitag, 8. Uhr, im Gasthof Wölfnitz statt.

Revue im Erziehungshaus. Dieses Schauspiel Kampels wird auf Veranlassen des Komitees für Sport und Körperpflege am 31. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr, im Centraltheater, Waisenhausstraße, nochmals aufgeführt. Der Eintrittspreis beträgt 1,50, 1 M. und 50 Pf., einschließlich Programm. Karten sind zu haben in der Naturfreundegehilfsstelle, Ribbenbergstraße 4, im Fahrkart

Die Fratze des Faschismus

Ueber dieses Thema spricht Montag, den 4. November, abends 7.30 Uhr, in drei öffentlichen Kundgebungen in den **Blumensälen, Dresden-A., Blumenstr. / Im Drei-Kaiser-Hof, Dr.-Löbtau, Kesselsdorfer Str. / in Watzkes Etablissement, Dr.-Plätzchen, Leipziger Str.**

Nationalrat **Dr. Julius Deutsch**, Wien.
Wie die Nationalsozialisten in den Stadt- und Gemeindeparrlamenten hausen, wird an anschaulichen Beispielen Stadtverordneter **Eugen Fritsch**, Plauen, beleuchtet. Ferner sprechen: der Spitzenkandidat der Stadtverordnetenliste Stadtverordneter **Richard Rösch**, der Gauvorsitzende des Reichsbanners Reichstagsabgeordneter **Hermann Feldner** und der Vorsitzende des Ortsvereins Dresden des Reichsbanners Stadtverordneter **Wilhelm Franke**.

Die Parteigenossenschaft wird aufgefordert, diese Versammlungen zu gewaltigen Kundgebungen gegen Hakenkreuz und Stahlhelm, für die **Liste 1** zu gestalten.

Sozialdemokratische Partei Groß-Dresden / Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Gau Ostachsen Ortsverein Groß-Dresden

Haus Prischau, Stönerstraße 17, im Sporthaus Flügel, Schäferstraße 19, und bei Karl Weller, Kiefernstraße 14, 8. Der Besuch dieses gutgemachten Leubensglases ist sehr zu empfehlen.

Vertrauensbruch. Ein 28 Jahre alter und schon zweimal geschiedener Bauknecht Wilhelm L. war im Sommer 1928 verheiratet mit Mädchen in Verbindung getreten, die dann aus den Umständen schließen durften, daß er sie betrogen werde, und dem Mann auf bestimmte Angaben hin Geldmittel zur Verfügung stellen. Nachträglich fühlte sich eine Heilnerin um 1400 M., eine Verkäuferin um etwa 750 M., und ein viertes Mädchen um 40 M. betrogen. In einem fünften Fall soll L. ein Darlehen, das er ohne Wissen eines Mädchens angelehnt für dieses eintrich, im eigenen Nutzen verwendet haben. Und schließlich wurde ihm jetzt vor Gericht, wo er wegen Mißfallbetrugs unter Anklage stand, auch noch eine Unterschlagung zur Last gelegt. L. gilt als erlich defekt. Er war schon einmal in der Zeit- und Wägenstraße untergebracht, einmal nachdem er sich während einer Zeit unermittelbar über ein Treppengeländer gestürzt, und andermal, als er furchtbar einen Bandenband aufgeschnitten hatte. Die Anklagebehörden hielt ein Jugendverwehren für vorliegend; nach einem in der letzten Verhandlung erklärten Gutachten sollte L. zur Zeit der Straftaten verurteilt worden sein, im allgemeinen aber gemindert zurechnungsfähig. Der Angeklagte wollte in dem einen und anderen Fall wirklich Vertrauensbrüche gehabt haben, doch wurde er durch Jensegen fall durchweg defekt. Das Gericht sah Mißfallbetrug in vier Fällen und Unterschlagung als erwiesen an und erkannte auf ein Jahr acht Monate Gefängnis und drei Jahre Ehrenrechtsverlust. Hinsichtlich eines Punktes der Anklage wurde das Verfahren eingestellt.

Verkehrsunfall. Mittwoch nach Mittag fuhr auf dem Städtelplatz ein Personauto durch einen Baum und gegen einen Baum, wobei der Fahrer innere Verletzungen erlitt. Der Verunglückte wurde mit Krankenwagen nach dem Krankenhaus befördert.

Vollzeitsung

Sam Einbruch in Freital wurde von der Dresdener Kriminalpolizei der zweite Einbruch, ein 23jähriger Einbrecher von hier, ermittelt und festgenommen. Von den gestohlenen Geldern, die sofort auf Verlangen gemeldet worden waren, konnte ein Teil wiedererlangt werden. Das am Freitag vorgetragene Verbrechen, das am 1. Oktober, als ein Einbrecher mit einer derartigen Art einmaler Zeit in einer Dresdener Herberge von einem Unbekannten gefasst worden, Ehrenber kommt es von einem Leihhahn. Der Einbrecher hat sich dabei nicht gewehrt. Bei den Verhörungen stellte sich weiter heraus, daß der am Dienstag festgenommene Angeklagte und zwei Komplizen, deren Namen er nicht nennt, in einem Dresdener Kaufhaus für etwa 100 M. Waren durch Diebstahl erlangt haben. Angaben über den Verbleib der noch fehlenden Kleidungsstücke werden nach dem Kriminalamt, Zimmer 74, erbeten.

Belohnung für die Wiederbeschaffung der Seidenboxe. Zu dem gemeldeten Einbruchschadhaft in der Nacht zum 14. Oktober bei der Firma Schneider, Altmarkt, teilte die Versicherungsgesellschaft mit, daß sie die angelegte Belohnung von 5 Prozent des Wertes der wiedererlangten Seidenboxe auf 10 Prozent erhöht hat. Mitteilungen über den Verbleib der Seide und zur Ermittlung der Einbrecher werden nach dem Kriminalamt erbeten.

Verheiratete. Der 20 Jahre alte Arbeiter Friedrich Bode aus Bergen bei Gelle und dessen Bruder, der 22 Jahre alte Einzelkinder Adam Bode, sind in Hannover wegen Verheiratetheit festgenommen worden. Sie haben in der Provinz Hannover Pferde von Weibstehlen gestohlen und verkauft. Es ist nicht ausgeschlossen, daß geflohene Wieder auch nach Tammien gebracht worden sind.

Einbrecher in der Annenstraße. In der Nacht zum Mittwoch wurde in einem Einmalergehäule auf der Annenstraße die Einzugstür aufgebrochen. Die Diebe durchwühlten die Wohnräume und erlangten etwa 20 Mark Diebstahl. Mithin verurteilt sie, im gleichen Grundstück vom Grundstück aus in die Wohnräume eines Eckzwei

Vereins- und Versammlungs-Kalender

Vereinsvereine Freitag, 28. Oktober, 8 Uhr, im Restaurant „Zur Post“, 10 Uhr, im Robins Gasthof, Altmarkt. Tagesordnung: Bericht vom letzten Tag und der Welt der freien Arbeiter. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in der Welt“. — Von einem Bericht und Redner der freien Arbeiter. — Allgemeines. — Dresden. —

Compassionistischer Verein Sonnabend, 29. Oktober, 8 Uhr, im Vereinshaus, Altmarkt. Tagesordnung: Bericht vom letzten Tag und der Welt der freien Arbeiter. — Von einem Bericht und Redner der freien Arbeiter. — Allgemeines. — Dresden. —

Wahlgewinn Freitag, 25. Oktober, 8 Uhr, im Vereinshaus, Altmarkt. Tagesordnung: Bericht vom letzten Tag und der Welt der freien Arbeiter. — Von einem Bericht und Redner der freien Arbeiter. — Allgemeines. — Dresden. —

Wahlgewinn Freitag, 25. Oktober, 8 Uhr, im Vereinshaus, Altmarkt. Tagesordnung: Bericht vom letzten Tag und der Welt der freien Arbeiter. — Von einem Bericht und Redner der freien Arbeiter. — Allgemeines. — Dresden. —

Wahlgewinn Freitag, 25. Oktober, 8 Uhr, im Vereinshaus, Altmarkt. Tagesordnung: Bericht vom letzten Tag und der Welt der freien Arbeiter. — Von einem Bericht und Redner der freien Arbeiter. — Allgemeines. — Dresden. —

Wahlgewinn Freitag, 25. Oktober, 8 Uhr, im Vereinshaus, Altmarkt. Tagesordnung: Bericht vom letzten Tag und der Welt der freien Arbeiter. — Von einem Bericht und Redner der freien Arbeiter. — Allgemeines. — Dresden. —

Wahlgewinn Freitag, 25. Oktober, 8 Uhr, im Vereinshaus, Altmarkt. Tagesordnung: Bericht vom letzten Tag und der Welt der freien Arbeiter. — Von einem Bericht und Redner der freien Arbeiter. — Allgemeines. — Dresden. —

Wahlgewinn Freitag, 25. Oktober, 8 Uhr, im Vereinshaus, Altmarkt. Tagesordnung: Bericht vom letzten Tag und der Welt der freien Arbeiter. — Von einem Bericht und Redner der freien Arbeiter. — Allgemeines. — Dresden. —

Wahlgewinn Freitag, 25. Oktober, 8 Uhr, im Vereinshaus, Altmarkt. Tagesordnung: Bericht vom letzten Tag und der Welt der freien Arbeiter. — Von einem Bericht und Redner der freien Arbeiter. — Allgemeines. — Dresden. —

Wahlgewinn Freitag, 25. Oktober, 8 Uhr, im Vereinshaus, Altmarkt. Tagesordnung: Bericht vom letzten Tag und der Welt der freien Arbeiter. — Von einem Bericht und Redner der freien Arbeiter. — Allgemeines. — Dresden. —

Wahlgewinn Freitag, 25. Oktober, 8 Uhr, im Vereinshaus, Altmarkt. Tagesordnung: Bericht vom letzten Tag und der Welt der freien Arbeiter. — Von einem Bericht und Redner der freien Arbeiter. — Allgemeines. — Dresden. —

Wahlgewinn Freitag, 25. Oktober, 8 Uhr, im Vereinshaus, Altmarkt. Tagesordnung: Bericht vom letzten Tag und der Welt der freien Arbeiter. — Von einem Bericht und Redner der freien Arbeiter. — Allgemeines. — Dresden. —

Wahlgewinn Freitag, 25. Oktober, 8 Uhr, im Vereinshaus, Altmarkt. Tagesordnung: Bericht vom letzten Tag und der Welt der freien Arbeiter. — Von einem Bericht und Redner der freien Arbeiter. — Allgemeines. — Dresden. —

Wahlgewinn Freitag, 25. Oktober, 8 Uhr, im Vereinshaus, Altmarkt. Tagesordnung: Bericht vom letzten Tag und der Welt der freien Arbeiter. — Von einem Bericht und Redner der freien Arbeiter. — Allgemeines. — Dresden. —

Wahlgewinn Freitag, 25. Oktober, 8 Uhr, im Vereinshaus, Altmarkt. Tagesordnung: Bericht vom letzten Tag und der Welt der freien Arbeiter. — Von einem Bericht und Redner der freien Arbeiter. — Allgemeines. — Dresden. —

Wahlgewinn Freitag, 25. Oktober, 8 Uhr, im Vereinshaus, Altmarkt. Tagesordnung: Bericht vom letzten Tag und der Welt der freien Arbeiter. — Von einem Bericht und Redner der freien Arbeiter. — Allgemeines. — Dresden. —

Wahlgewinn Freitag, 25. Oktober, 8 Uhr, im Vereinshaus, Altmarkt. Tagesordnung: Bericht vom letzten Tag und der Welt der freien Arbeiter. — Von einem Bericht und Redner der freien Arbeiter. — Allgemeines. — Dresden. —

Wahlgewinn Freitag, 25. Oktober, 8 Uhr, im Vereinshaus, Altmarkt. Tagesordnung: Bericht vom letzten Tag und der Welt der freien Arbeiter. — Von einem Bericht und Redner der freien Arbeiter. — Allgemeines. — Dresden. —

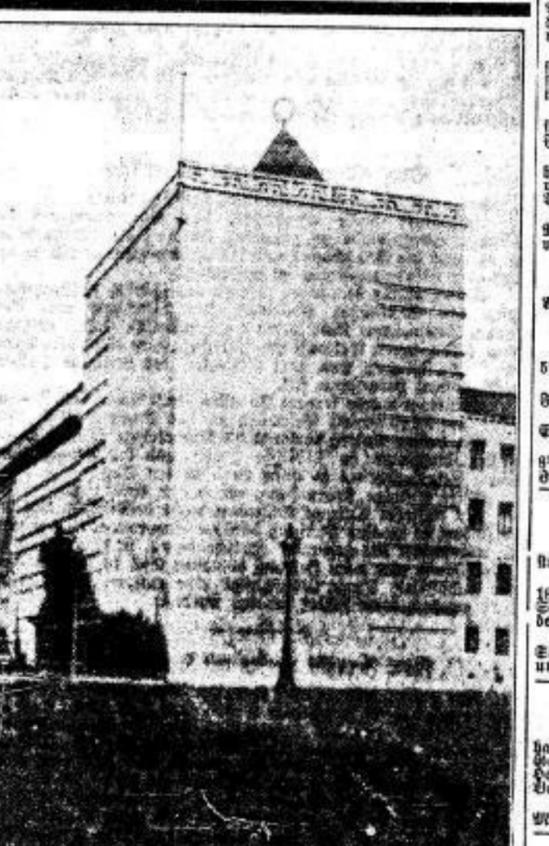
Wahlgewinn Freitag, 25. Oktober, 8 Uhr, im Vereinshaus, Altmarkt. Tagesordnung: Bericht vom letzten Tag und der Welt der freien Arbeiter. — Von einem Bericht und Redner der freien Arbeiter. — Allgemeines. — Dresden. —

Wahlgewinn Freitag, 25. Oktober, 8 Uhr, im Vereinshaus, Altmarkt. Tagesordnung: Bericht vom letzten Tag und der Welt der freien Arbeiter. — Von einem Bericht und Redner der freien Arbeiter. — Allgemeines. — Dresden. —

Wahlgewinn Freitag, 25. Oktober, 8 Uhr, im Vereinshaus, Altmarkt. Tagesordnung: Bericht vom letzten Tag und der Welt der freien Arbeiter. — Von einem Bericht und Redner der freien Arbeiter. — Allgemeines. — Dresden. —

Wahlgewinn Freitag, 25. Oktober, 8 Uhr, im Vereinshaus, Altmarkt. Tagesordnung: Bericht vom letzten Tag und der Welt der freien Arbeiter. — Von einem Bericht und Redner der freien Arbeiter. — Allgemeines. — Dresden. —

Wahlgewinn Freitag, 25. Oktober, 8 Uhr, im Vereinshaus, Altmarkt. Tagesordnung: Bericht vom letzten Tag und der Welt der freien Arbeiter. — Von einem Bericht und Redner der freien Arbeiter. — Allgemeines. — Dresden. —



Das Haus ohne Fenster
Wahlgewinn der Dresdener Arbeitervereine an der Marienstraße

Parteinachrichten

Partei der Arbeit Freitag, 25. Oktober, 8 Uhr, im Vereinshaus, Altmarkt. Tagesordnung: Bericht vom letzten Tag und der Welt der freien Arbeiter. — Von einem Bericht und Redner der freien Arbeiter. — Allgemeines. — Dresden. —

Partei der Arbeit Freitag, 25. Oktober, 8 Uhr, im Vereinshaus, Altmarkt. Tagesordnung: Bericht vom letzten Tag und der Welt der freien Arbeiter. — Von einem Bericht und Redner der freien Arbeiter. — Allgemeines. — Dresden. —

Partei der Arbeit Freitag, 25. Oktober, 8 Uhr, im Vereinshaus, Altmarkt. Tagesordnung: Bericht vom letzten Tag und der Welt der freien Arbeiter. — Von einem Bericht und Redner der freien Arbeiter. — Allgemeines. — Dresden. —

Partei der Arbeit Freitag, 25. Oktober, 8 Uhr, im Vereinshaus, Altmarkt. Tagesordnung: Bericht vom letzten Tag und der Welt der freien Arbeiter. — Von einem Bericht und Redner der freien Arbeiter. — Allgemeines. — Dresden. —

Partei der Arbeit Freitag, 25. Oktober, 8 Uhr, im Vereinshaus, Altmarkt. Tagesordnung: Bericht vom letzten Tag und der Welt der freien Arbeiter. — Von einem Bericht und Redner der freien Arbeiter. — Allgemeines. — Dresden. —

Partei der Arbeit Freitag, 25. Oktober, 8 Uhr, im Vereinshaus, Altmarkt. Tagesordnung: Bericht vom letzten Tag und der Welt der freien Arbeiter. — Von einem Bericht und Redner der freien Arbeiter. — Allgemeines. — Dresden. —

Partei der Arbeit Freitag, 25. Oktober, 8 Uhr, im Vereinshaus, Altmarkt. Tagesordnung: Bericht vom letzten Tag und der Welt der freien Arbeiter. — Von einem Bericht und Redner der freien Arbeiter. — Allgemeines. — Dresden. —

Partei der Arbeit Freitag, 25. Oktober, 8 Uhr, im Vereinshaus, Altmarkt. Tagesordnung: Bericht vom letzten Tag und der Welt der freien Arbeiter. — Von einem Bericht und Redner der freien Arbeiter. — Allgemeines. — Dresden. —

Partei der Arbeit Freitag, 25. Oktober, 8 Uhr, im Vereinshaus, Altmarkt. Tagesordnung: Bericht vom letzten Tag und der Welt der freien Arbeiter. — Von einem Bericht und Redner der freien Arbeiter. — Allgemeines. — Dresden. —

Partei der Arbeit Freitag, 25. Oktober, 8 Uhr, im Vereinshaus, Altmarkt. Tagesordnung: Bericht vom letzten Tag und der Welt der freien Arbeiter. — Von einem Bericht und Redner der freien Arbeiter. — Allgemeines. — Dresden. —

Partei der Arbeit Freitag, 25. Oktober, 8 Uhr, im Vereinshaus, Altmarkt. Tagesordnung: Bericht vom letzten Tag und der Welt der freien Arbeiter. — Von einem Bericht und Redner der freien Arbeiter. — Allgemeines. — Dresden. —

Partei der Arbeit Freitag, 25. Oktober, 8 Uhr, im Vereinshaus, Altmarkt. Tagesordnung: Bericht vom letzten Tag und der Welt der freien Arbeiter. — Von einem Bericht und Redner der freien Arbeiter. — Allgemeines. — Dresden. —

Partei der Arbeit Freitag, 25. Oktober, 8 Uhr, im Vereinshaus, Altmarkt. Tagesordnung: Bericht vom letzten Tag und der Welt der freien Arbeiter. — Von einem Bericht und Redner der freien Arbeiter. — Allgemeines. — Dresden. —

Partei der Arbeit Freitag, 25. Oktober, 8 Uhr, im Vereinshaus, Altmarkt. Tagesordnung: Bericht vom letzten Tag und der Welt der freien Arbeiter. — Von einem Bericht und Redner der freien Arbeiter. — Allgemeines. — Dresden. —

Der Kampf um den 9. November

Die SPD. allein für seine Erhaltung — Edel kündigt Massenaktionen der Arbeiterschaft an — Die „Neutralität“ der Bänder-Regierung im Kampfe um das Volksbegehren — Bisherige Haltung der Nationalisten durch die Herren Böhler und Dobbert

Sächsischer Landtag

Der Landtag trat am Mittwoch in die Beratung der Anträge ein, die mit dem

Young-Plan und Volksbegehren

zusammenhängen.

Abg. Böhler (Soz.)

Die Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion, der die Regierung ersucht, 1. ihre Vertreter im Reichsrat anzuweisen, für die Ratifizierung des Young-Planes einzuwirken; 2. mit allen Mitteln der lägerischen Hege der Parteien gegen den Young-Plan in gleicher Weise vorzugehen, wie dies die Reichsregierung tut, entgegenzutreten, ist, wie dies die Reichsregierung tut, entgegenzutreten. Es ist betont, daß der Young-Plan keine sozialistische Angelegenheit ist, sondern ein Plan, der von den bürgerlichen Parteien getragen wird. Wir haben aber keine Veranlassung, von der Verantwortung für diesen Plan abzurückeln, denn er hat die Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei gefunden, weil, wenn der Young-Plan nicht abgelehnt wird, dann unfähiges Geld über die deutsche Wirtschaft und über das deutsche Volk hereinbrechen würde. Für die Zukunft mit seiner Fertigindustrie würde das eine Katastrophe bedeuten (Lebh. Zustimmung bei den Soz.), deren Umkehr nicht abzuwenden wäre. Das sind die Gründe, die uns zu diesem Schritt veranlassen, aus sachlichen Gründen an die Seite der bürgerlichen Parteien zu treten, die für die Erfüllung der Reparationen und für den Young-Plan eintreten. — Das Volksbegehren, das sogenannte nationale Komitee in Szene gesetzt haben, scheint schon im ersten Stadium zu verfallen. Sicherlich läuft es sich aber beim Volksbegehren nicht (Lebh. Zustimmung rechts). Glaubt denn noch einer von Ihnen, daß Sie 20 Millionen Stimmen gegen den Young-Plan in Deutschland aufbringen werden? (Lachen links.) Für so dumme Dinge sind Sie denn doch nicht. Ganz gleich, wie das Volksbegehren abgeht (Zurufe b. d. Soz.): In die Volksschlucht), jedenfalls geht es in die Grube, in der das kommunistische Volksbegehren schlummert. Aber ein Erfolg hat das Volksbegehren nicht gehabt: es hat uns mit einem Schlag

die völlige Sinnlosigkeit der nationalen Phrase

gezeichnet (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.), denn wenn irgendein politisches Problem nicht mit verantwortungsvollen Schritten gelöst werden kann, dann ist es die Frage der Reparationsleistungen. Diese Frage hängt mit dem Krieg und der Kriegsverurteilung zusammen. (Zurufe b. d. Soz.: Revolutionsverurteilung!) Der Versuch, dieses Problem mit den alten Methoden des Nationalismus in einer völlig veränderten Umwelt zu lösen, mußte notwendig zu einem

vollkommenen Zusammenbruch der nationalistischen Ideologie

führen, die dem völligen Chaos im bürgerlichen Lager entspricht.

Die Frage der Reparationen ist nicht zu trennen von der Frage des Krieges. Daß ein solcher Punkt kommen würde, das kann sich die Herren während des Krieges überlegen sollen. (Lebh. Zustimmung links), als sie in einer geradezu maßlosen Form nachzugeben aufstiegen.

Wenn es irgendeine Partei gibt, die das Recht hat, sich gegen diese Reparationen zu wenden, so sind es nur die Sozialdemokraten.

während des Krieges einen Frieden ohne Annexionen und ohne Kriegentscheidungen verlangt haben.

Die Hege gegen den Young-Plan ist nicht nur ein Verbrechen, sondern zeugt auch von einer katastrophalen Dummheit. Der soziale ist wirklich noch solche Idioten in der deutschen Partei gegeben, die glauben, daß tatsächlich eine Geheimkonferenz im Young-Plan enthalten sei, wonach deutsche Männer und Frauen die Mitarbeit geschafft werden könnten, aber gibt es so verdorrene internationale Heldengestalten, die schon darauf warten, von Sozialpolitikern in die Schlinge geschleppt zu werden? (Lachen links.)

Das Volksbegehren ist ein politischer Stiefenschwanz, gegen das Volksbegehren der Kommunisten eine harmlose Kinderdichtung ist. Wir verlangen von der Regierung, daß sie ihre ganze Kraft einsetzt gegen die Verhöhnung weiter Volkswunden in der Frage der Erfüllungsklausel, daß sie ihre Staatsmacht einsetzt gegen diejenigen Beamten, die selbst nach den Bestimmungen Hindenburgs durch Zustimmung zum Volksbegehren ihren persönlichen und unsächlichen Angriff auf ihre vorgezeichneten Pflichten führen.

Wir wollen gewiß nicht die Zeit des Terzors heraufbeschwören und die Ausnahmezustellung der Beamten unter der Kaiserzeit zurückverweisen, aber was wäre wohl den Beamten damals unter Wilhelm, Ludendorff und Erzberger geschehen, wenn sie es gewagt hätten, einem Volksbegehren zuzustimmen, daß Wilhelm und seine Minister für gutdauern erklärt haben würden! Diese Beamten werden nicht ein Stunde mehr am Amt geblieben und wären mit dem Strafgericht bekannt geworden. Das ist unsere Stellung zum Young-Plan. Wir fordern die Regierung auf, daß sie alles einsetzt, um die Ratifizierung des Young-Planes baldmöglichst zu erreichen, daß der anderen Seite dieser Hege der nationalistischen Kreise entgegenzutreten. Wenn sich die Regierung dieser Verpflichtung widersetzen will, dann erklären wir, daß wir sie mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu dieser Pflicht zwingen werden. (Lachen links b. d. Soz.)

Der Demokrat Dr. Dehne begründete die Anfrage seiner Fraktion, die die Zustimmung zum Young-Plan verlangt. In dem Antrag um das Volksbegehren sei es nicht wünschenswert, daß auch die sächsische Regierung noch eingreife, wenn er sich der Reichsregierung das Recht nicht bestreiten wolle, gegen das Volksbegehren vorzugehen, solange es mit Würde (1) geschehe. Ein disziplinarisches Vorgehen gegen diejenigen Beamten, die sich am Volksbegehren beteiligen, könne nicht geschehen werden.

Der verflorenen Wirtschaftsmittler Dr. Wilhelm hatte einen Antrag der Wirtschaftspartei gegen die Alleinjurisdiktion Deutschlands am Weltkrieg zu begründen, begrüßte sich aber mit wenigen Sätzen, die zudem auf der Pressefreiheit unerschütterlich blieben.

Etwas lebhafter wurde es erst wieder, als Herr Frickhöfer von den Deutschnationalen aus Niederpöhl trat. Er stellte mit Genugtuung fest, daß die sächsische Regierung bisher im Kampfe um das Volksbegehren Neutralität bewahrt hat. Die Art des Kampfes, den die Reichsregierung gegen die nur von vaterländischen Gefühlen erfüllten Kreise der Bevölkerung führe, sei unerträglich. (Lachen links.) Herr Frickhöfer griff begründeterweise auch die sozialdemokratische Politik im Reich an, schwindelte dabei, daß sich die Balken bogen, und verlangte auch die Abberufung des sozialdemokratischen Reichspräsidenten Meißner in Leipzig, weil dieser ein disziplinarisches Einschreiten gegen die Beamten, die sich am Volksbegehren beteiligen, angeht. Zum Schluß wollte er noch wissen, was die sächsische Regierung zu tun gedenkt, um den Beamten das verfassungsmäßig gewährleistete Recht der freien Meinungsäußerung zu sichern.

Als nächster Redner folgte Herr v. Rillingen, der, von der linken Seite mit Lärm und Zurufen empfangen, einen Antrag auf Abberufung des Reichspräsidenten Meißner begründete und dabei erklärte, daß die Nationalsozialisten auf die Verfassungswahrung eintreten. — Der Deutschnationale Professor Siebert aus Chemnitz nahm sich die Reichszentrale für Heimatdienst (Landesabteilung Sachsen) vor, weil sie gegen das Volksbegehren Stellung genommen hat. Dann kam wieder ein Nazi an die Reihe, Herr Meyer aus Kleinböhla, dem, als er sich über die Hege und den Terror der Kommunisten gegen die Nationalsozialisten beklagte, vom Kommunisten Opiß zugurufen wurde: „Du Nordgottsel!“

Ministerpräsident Dr. Rüdiger: Die Regierung muß sich ihre endgültige Stellungnahme zu dem Young-Plan bis zu dem Zeitpunkt vorbehalten, an welchem ihr die auf Grund der Dauer der Verhandlungen und der gegenwärtigen Verhandlungen aufzustellenden Gesetzentwürfe zugegangen sind. Der Ministerpräsident fügte hinzu, daß er selbst dem Young-Plan nicht unbedingt ablehnend gegenüberstehe.

Die sächsische Regierung hatte es nicht für ihre Aufgabe, in den Kampf um das Volksbegehren einzugreifen. Wegen des Rechts des Beamten auf freie Meinungsäußerung beruht der Ministerpräsident auf die auch der Öffentlichkeit übergebene Auskunft, die dem Herrn Vorsitzenden der Deutschnationalen Fraktion auf seine Anfrage erteilt worden ist. Den Länderregierungen steht eine unmittelbare Einflußnahme auf die einzelnen Landesabteilungen der Reichszentrale nicht zu.

Innenminister Richter erklärte, er billige das Verhalten des Reichspräsidenten Meißner nicht, doch liege nach dessen bisheriger Amtsführung kein Grund zur Annahme vor, daß Meißner in bewußt illegaler Weise habe handeln wollen, so daß zu einem förmlichen Disziplinarverfahren kein Anlaß vorliege.

Der Volksparteiliche Diekmann stellte sich zwischen (1) die beiden Lager der Anhänger und der Gegner des Young-Planes, wandte sich dann aber ziemlich gegen die Verfechter des Volksbegehrens.

Abg. Dobbert (Soz.)

wendet sich scharf gegen die Nationalsozialisten. Diejenigen, die mit weniger Worten als Herr v. Rillingen und seine Freunde von der Befreiung Deutschlands reden, die vielmehr mit der Tat und mit Handlungen dazu beigetragen haben, daß sich Deutschland mehr und mehr von den drückendsten Fesseln hat befreien können, sind es gewesen, die ohne große Worte an der Befreiung Deutschlands gearbeitet haben. Wir schämen uns alle, daß in diesem Sinne nationalsozialistische Argumente in dieser Form vorgebracht worden sind. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Wir werden dafür kämpfen, daß diese Schmach von dem Sachsenlande genommen wird. (Beifall b. d. Soz.) Dem Herrn Ministerpräsidenten aber möchte ich nur das eine sagen:

Herr Ministerpräsident, ist Ihnen nicht ein ganz klein wenig Scham angekommen, daß „so etwas“ in diesem Hause beigegeben hat, Sie in den Sessel zu setzen? Und wenn auch die öffentliche Meinung in der Politik eine sehr seltene Sache sind, so müßte Sie doch die Tatsache, daß Sie ein Parteimitglied des Außenministers Dr. Stresemann waren, lehren, daß Sie sich umgänglich mit der Dauer von einer Partei in diesem Hause sitzen lassen können, die so vollständig entgegengegesetzt den Richtlinien, Maßnahmen und politischen Auffassungen handelt, wie Sie in der Deutschen Volkspartei unter Führung des Herrn Dr. Stresemann maßgebend gewesen sind. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.)

Der Kommunist Meiner erging sich in den üblichen Angriffen auf die Sozialdemokratie, die schon seit langem jeden Tag in der kommunistischen Presse zu lesen sind. Weiter sprach er noch der Deutschnationalen Vergewaltigungsminister Dr. Eckardt und der Vorkriegsminister der Wirtschaftspartei, der allen Christen befohlen hat, daß es dem Mittelständler heute nicht besser gehe als dem sozialdemokratischen Arbeiter, und es jedem einzelnen überlassen will, nach bestem Gewissen zum Volksbegehren Stellung zu nehmen.

Der dritte Nazi-Redner, Dr. Frickhöfer, betonte, daß der Young-Plan ein großangelegtes Geschäft der internationalen Hochfinanz sei, das zu einer vollständigen Auflösung des deutschen Volkes führen würde. Sollten wir eine vorantwortsamkeit deutsche Regierung gehabt, so hätten wir aus dem Dawes-Plan überhaupt nicht zu erfüllen brauchen.

Zuletzt sprach Herr Wolf (NSDAP), der verlangte, daß, falls das Volksbegehren durchginge, der Zusatzparagraf auch auf alle diejenigen ausgedehnt werden müßte, die 1924 dem Dawes-Plan zugestimmt haben.

Nach einem Schlußwort des Abg. Böhler (Soz.), in dem dieser die nationalsozialistische Hitzrede der sächsischen Regierung gegenüber „würdigte“, wurde zur Abstimmung geschritten.

Der sozialdemokratische Antrag auf baldige Ratifizierung des Young-Planes wurde abgelehnt (im ersten Teile gegen die

Stimmen der Sozialdemokraten und Demokraten, im zweiten Teile gegen Sozialdemokraten und Kommunisten), ebenso der nationalsozialistische Antrag auf Amtsenthebung des Reichspräsidenten Meißner.

Der Antrag der Wirtschaftspartei gegen die Alleinjurisdiktion Deutschlands am Weltkrieg wurde angenommen.

Um den 9. November

In der achten Abendstunde wird dann auf Beschluß der bürgerlichen Mehrheit, die einen Antrag der Sozialdemokraten auf Vertagung der Sitzung ablehnt, die Vorlage betreffend die Aufhebung des 9. Novembers als Staatsfeier in Beratung genommen.

Ein Antrag der Deutschnationalen verlangt auch die Aufhebung des 1. Mai als Feiertag. Die Nationalsozialisten haben ihren Antrag zurückgezogen. Abg. Dr. Siebert (Nat.) bezeichnet es als höchste Zeit, daß mit den Revolutionsfeierlagen aufgeräumt werde. Ein Bedürfnis zum Feiern dieser Tage habe niemals bestanden.

Abg. Edel (Soz.)

Hinter der Vorlage stehen alle schartmacherischen Kreise, denen die Feier des 9. Novembers von jeher ein Dorn gewesen ist. Um diese Feiertage ist schon lange gerungen worden. Jetzt glaubt das Bürgertum ihre augenblickliche Machtposition auszunutzen zu sollen, um diese Feiertage zu beseitigen. Für uns ist die Lage völlig klar. Es handelt sich um die Ausstrahlung machtpolitischer Gegensätze. Von diesem Gesichtspunkte aus werden wir auch die Agitation gegen die Beseitigung dieser Feiertage führen.

Die sächsische Arbeiterschaft wird mit dem Raub dieser Feiertage provoziert.

NSDAP und Sozialdemokratische Partei haben eine gemeinsame Abwehraktion beschlossen, und am gestrigen Tage haben die Vertretungskomitee der SPD, Grob-Dresdens ihre Meinung in einer Protestentscheidung an die Landtagsfraktionen zum Ausdruck gebracht. Vieles, was namentlich gemeint wäre, ist bei der Revolution nicht erreicht worden. Für uns ist die Feier des 9. Novembers und auch des 1. Mai durchaus kein Anlaß, Jubelstürmen anzustimmen, aber sie war

ein Symbol für den Aufstieg der Arbeiterschaft.

Sie mahnten daran, was die Arbeiterschaft noch erreichen mußte, und stehen einen Schlüssel unter die Vergangenheit. Die Gründe für die Abschaffung des 9. Novembers sind sachlich. Nach der Schädigung der Wirtschaft durch die furchtbaren Sonderfeiertage fragt kein Mensch. Der Hinweis auf die wirtschaftlichen Schädigungen ist bei der ungeheuren Arbeitslosigkeit geradezu

eine Verhöhnung der Arbeitslosen.

Leider ist keine gemeinsame Abwehrfront der Arbeiterschaft vorhanden. Es ist traurig, daß in der gestrigen Landtagssitzung der Kampf mit einer Belustigung durch die Kommunisten eingeleitet wurde, die dadurch die gute Sache in Mißkredit gebracht haben. Es ist überhaupt die Tragik der deutschen Revolution, daß die Einheitlichkeit im Kampfe gegen die Reaktion gefehlt hat. Bezeichnend für den Niedergang der deutschen Demokratie war auch die Erklärung des Herrn Dr. Dehne, daß die Demokraten für die Abschaffung des 9. Novembers eintreten werden. Edel betont die Notwendigkeit, angesichts der reaktionären Vorstöße die Erinnerungen in der Bevölkerung an die damalige Zeit wachzuhalten. Es ist

eine grenzenlose Demagogie,

wenn Herr Siebert die Revolution verantwortlich macht für die Annahme der ungünstigen Verträge mit der Entente. Mit Edel, so betont Edel weiter, darf das deutsche Volk auch der Vorkriegszeit und der Arbeit gedenken, die dem verbrochenen Wahnsinn des Krieges ein Ende gemacht haben. (Lärm b. d. Natsoz.) Wegen die Anschläge des Bürgerblods sind

Massenaktionen der Arbeiterschaft

notwendig. Die sozialistische Idee darf nicht mißhandelt werden. Für uns war mit der Feier des 9. Novembers das Weidnis verbunden, für den internationalen Sozialismus einzutreten, das Gedächtnis, daß das alte zusammengebrochene System des Militarismus nicht wiederkehren darf. Irrendwelsche Verweilungsstimmung ist aber nicht am Platze. Die sächsische Arbeiterschaft wird für den 9. November zu kämpfen verstehen. Was für den 9. November gilt, gilt erst recht für den 1. Mai. Wägen Sie (nach rechts) ihre machtpolitischen Streiche durchzuführen, die Saat wird in unserem Sinne aufgehen! Wenn es Ihnen auch gelingt, den 9. November als Feiertag abzuschaffen, so wird die sächsische Arbeiterschaft mit ihrer Tradition diesen Streich mit ihrem alten Schlachtruf beantworten:

Es lebe die Weltrevolution trotz alledem!

(Stürmischer Beifall b. d. Soz.) Der Kommunist Eidermann leistete sich eine Bezeigerung der Sozialdemokratie abelster Art, verkündete die Bedeutung des 9. Novembers und machte Stimmung für den 7. November, den Tag der russischen Revolution.

Abg. Wäber (D. Sp.) hielt die Vorlage in der vorliegenden Fassung für unannehmbar, da bekanntlich der 1. Mai darin als Feiertag anerkannt wird. Die Vorlage müsse also geändert werden. Im Ausschuss werde sich dann auch zeigen, ob auch der 1. Mai aufgehoben ist.

Nach einer höchst amüsannten Rede des Herrn v. Rillingen wurden die Vorlage und der Deutschnationale Antrag auf Aufhebung des 9. Novembers und des 1. Mai als Feiertag zur Weiterbehandlung an den Rechtsausschuß überwiesen, der für Donnerstag, 9. Uhr, kommunistische Beratung angefordert hat. Die Herrschaften haben es also außerordentlich eilig mit ihrem Raube an der Arbeiterschaft.

Schluß 9 1/2 Uhr abends. Die nächste Sitzung des Landtags findet Donnerstag, 11. Uhr, statt. Tagesordnung: Arbeitslosenversicherung.

Werbt Abonnenten für die Volkszeitung!

Der heutigen Gesamtauflage ist eine Beilage der Firma Gier & Sohn, Raden- und Herrenmoden, Dresden-N., Johannisstraße, beizugeben. Die 6 Winter-Standard, beigegeben.

Für Leuben und Umgegend liegt der heutigen Nummer ein Prospekt des Warenhauses Kurt Feinze, Dresden-Leuben, Stephensonstraße 18, bei.

Schwarze keine bessere 48-Zigarette
Weiße es gibt keine bessere 48-Zigarette
Schwarze es gibt keine bessere 48-Zigarette
Weiße es gibt keine bessere 48-Zigarette

Young-Plan und 9. November

Im Sächsischen Landtag wurde gestern der sozialdemokratische Antrag abgelehnt, der forderte, daß die Regierung im Reichsrat für die Ratifizierung des Young-Planes eintreten und angehegt der Wege von rechts für die nötige Aufklärung über den Young-Plan sorgen solle. Für den ersten Teil des Antrages stimmten auch die Demokraten, aber die Leute von der Partei Stresemann brachten es fertig, auch gegen diesen Teil des sozialdemokratischen Antrages zu stimmen.

Natürlich brachte man reichlich Ausreden angeschleppt. Herr Büniger redete sich darauf hinaus, daß man nur mündlich über den Young-Plan unterrichtet sei, noch kein amtliches Material vorliege, und deswegen die Regierung noch nicht Stellung nehmen könne. Als ob es nicht genügend Zeitungen und Bücher gäbe, aus denen man sich so gründlich über den Young-Plan unterrichten kann, wie man nur will. Auch der Sprecher der deutschvolksparteilichen Fraktion, der Abgeordnete Diekmann, erzählte etwas von dem Warendienst, den man der deutschen Außenpolitik leiste, wenn man sich unbeeifert für die Ratifizierung des Young-Planes einsetze, der in seiner endgültigen Fassung noch nicht vorliege.

Tabei weiß Herr Diekmann recht gut, daß etwas Wesentliches an dem Young-Plan gar nicht mehr geändert werden kann, und selbstverständlich wäre die sächsische Regierung an einen Beschluß des Landtages nicht gebunden, wenn etwa nachträglich noch Verschlechterungen des Young-Planes einträten. Aber angesichts der gewissenlosen Gehe gegen den Young-Plan von rechts kam es darauf an, eine unmissverständliche Stellungnahme des Sächsischen Landtages zum Young-Plan herbeizuführen. Aber gerade das war den Leuten von der Deutschen Volkspartei gar zu peinlich. Man ist so froh darüber, daß man seine Bürgerblutmehrheit im Landtag hat, und da will man den guten Nazis und den Jugendergrüpern nicht wehe tun. Deswegen das viele Drumherumgerede, deswegen wagte man es nicht, einem Antrag zuzustimmen, der ein offenes und klares Eintreten für den Young-Plan bedeutete. Die Herren von Büniger, Blüher und Diekmann sind halt recht tapfere Leute.

Der Revolutionsfeind Siegert

Sie haben es sehr eilig, die Leute vom sächsischen Bürgerblock, wenn es gilt, den proletarischen Massen einen Schlag zu verfehlen. Obgleich die Debatte über den Young-Plan schon Hundertlang gedauert hätte, mußte gestern im Landtag noch die Beratung der Vorlage und des Antrages erfolgen, die sich mit dem 1. Mai und dem 9. November befassen. Die Regierung verlangt zwar zunächst nur die Befreiung des Freitags am 9. November, aber ein deutschnationaler Antrag will gleichzeitig auch der Arbeiterschaft den 1. Mai nehmen. Herr Blüher ließ erkennen, daß er gegen bereit sei, auch diesen zweiten Streik gegen die sächsische Arbeiterschaft mitzumachen, wenn sich dafür eine Mehrheit im Landtag finde. Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Edel, suchte den Herrschaften zwar klarzumachen, daß die Arbeiterschaft ihre Streike als eine ungeheure Verhöhnung empfinden müßte, aber was schert das die Deutschen vom Bürgerblock. Sie haben die Macht und wollen sie rücksichtslos ausüben.

Der deutschnationale Redner, der Abgeordnete Siegert, führte u. a. in feiner Rede aus, daß es sich hier nicht so sehr um Republik und Monarchie handele, „aber er sei gegen jede Revolution“, und deswegen dürfe der Tag, der an die unangenehme Revolution von 1918 erinnere, nicht mehr gefeiert werden. Wirklich, Herr Siegert, sind Sie gegen jede Revolution? Auch gegen Revolutionen von oben? Was sagen Sie da z. B. zu dem Nationalhelden aller echten Deutschen Hindenburg, der sich nicht geschämt hat, im Jahre 1896 ein paar angefallene deutsche Landesväter von ihren Throneinern davonzugucken? Und wären Sie wirklich auch dann gegen eine Revolution, wenn es heute in Deutschland irgendeinem nationalen Diktator, mag er aus dem Hause Hohenzollern oder Eugenbergs stammen, gelang, unter Bruch der deutschen Reichsverfassung die Gewalt an sich zu reißen?

Zimmerlin interessiert, daß Herr Siegert die Gelegenheit nicht benutzte, um sich entschieden für die Monarchie auszusprechen. Offenbar hat es sich auch bei den Deutschnationalen herumgesprochen, daß man mit dem letzten Vertreter der Monarchie in Deutschland nicht viel Staat machen kann. Wahrscheinlich glaubt Herr Siegert deshalb, daß es vorläufig auch für einen Deutschnationalen zweckmäßig ist, sich nicht allzu offen als Monarchist zu betonen.

Selbstverständlich redeten die bürgerlichen Kämpfer gegen den Novemberfeiertag mancherlei darüber, daß dieser 9. November der Tag des Zusammenbruchs der deutschen Front gewesen sei. Als ob die Leute nicht wüßten, daß schon einige Wochen vorher ein gewisser Ludendorff erklärte, daß es mit der deutschen Widerstandskraft zu Ende sei, und daß diesem Ludendorff das deutsche Friedensangebot gar nicht schnell genug hinausgehen konnte.

„Marxist“ Sindermann

Wenn die Sozialdemokratie im scharfen Kampfe gegen die bürgerlichen Feinde des Proletariats steht, dann müssen natürlich die Kommunisten kommen und auf die Sozialdemokratie schimpfen. Das tat auch gestern recht reichlich der kommunistische Abgeordnete Sindermann, berührt durch seine „Schlagfertigkeit“. Sindermann jagt mit Marx-Zitaten gegen die Sozialdemokratie zu Felde. Er bewies, daß die heutige Sozialdemokratie nicht mehr den richtigen Marxismus in sich habe — der haben natürlich die Kommunisten gepöbel —, sondern nur einen durch den verfallenen Kautsky verfallenen und vermursten Marxismus.

Karl Marx soll einmal gesagt haben, er sei nicht Marxist, und vor einem solchen „Marxisten“ wie Sindermann würde er sich wahrscheinlich entsezt haben. Wir brauchen uns mit diesem Jünger Lenins nicht darüber zu streiten, wieviel seine Berufung auf den Wollaut irgendeiner Stelle in den Marx'schen Schriften überhaupt berechtigt ist, aber schließlich beruht die ganze Marx'sche Lehre doch auf dem Gedanken, daß alles flieht und sich alles entwickelt. Die proletarische Kampfstrategie, die, als Marx seine Werke schrieb, richtig erschien, braucht heute, nachdem einige Jahrzehnte verfloßen sind, nicht mehr richtig zu sein. Wer an den Buchstaben von Marx'schen Schriften haftet, der zeigt damit, daß von dem wahren Geiste des Marxismus bei ihm keine Spur zu finden ist.

„Revolutionär“ Klinger

Es gibt da einen Mann, der in einem Buche prolehd erzählt, daß er einst einen gemeinen Nord begangen habe, und als ihn der Staatsanwalt deswegen am Stragen nehmen wollte, schrie er ach und weh und erklärte, was ich da in meinem Buche geschrieben habe, das ist gelogen. Es konnte bisher noch nicht einwandfrei festgestellt werden, ob dieser Mann wirklich gemordet oder ob er gelogen hat, aber es zeigt auch schon von einem ganz ungewöhnlichen sittlichen Tiefstand, wenn jemand es fertig bringt, auch nur mit einer Wortart zu prolehd, selbst wenn er diesen Nord nicht begangen haben sollte. Ein betrübliches Zeichen für den Geisteszustand gewisser Teile des deutschen Volkes ist es, wenn ein derartiger Mann in ein Parlament einziehen kann. Aber das ist möglich gewesen, und dieser Mann, Herr von Klinger, ist jetzt wohlbestalltes Mitglied des Sächsischen Landtages. So war gestern Herr Klinger zwar sehr peinlich, als ihm Genosse Edel seine „Selbstenttaten“ vorhielt, aber das hinderte ihn nicht daran, dann bei der Debatte über den 9. November das Wort zu ergreifen und die Sozialdemokraten darüber zu belehren, daß sie am 9. November keine richtige Revolution gemacht hätten, denn sie hätten damals die Großkapitalisten nicht gehängt. Für einen Mann, der so gern in blutrünstigen Phrasen schwelgt wie Herr Klinger, ist eine Revolution keine richtige Revolution, bei der nicht möglichst viel gehängt und geköpft wird. Herrn Klinger bescheinigte er, daß die Kommunisten die Revolution in Rußland „besser gemacht“ hätten. Wenn in Deutschland die Revolution „besser gemacht“ worden wäre, könnte Herr von Klinger keine solchen Reden halten, wie er sich das jetzt leisten kann, da hätte die Tischgabel schon längst vorgelegt.

Sachsen

2800 000 M. Verlust der Wohlfahrtskassen

Was gibt es denn noch zu verurteilen? Auf der Tagesordnung der heutigen Landtagssitzung steht u. a. eine Anfrage der Wirtschaftspartei, die Aufklärung über den Verlust der Wohlfahrtskassen von 2800 000 M. beim Konkurs des Seidemann-Monjergens (Nöckerthalwerke) verlangt. Dienstag erhoß die Regierung keinen Einspruch gegen die Behandlung dieser Anfrage, am Mittwoch aber wählte ein Mitglied der Volkspartei bereits am Vormittag von einem in Aussicht stehenden Einspruch der Regierung, der dann auch prompt eintief und im Plenum wurde demgemäß gegen den Widerspruch der SPD, beschlossen.

Man erzählt in Dresden, daß bei der Kreditgewährung an den Seidemann-Monjergens ein der Meisten nachsehender höherer Beamter sich weniger an die Beschlüsse des Verwaltungsrates der Wohlfahrtskassen als an das Kreditverlangen des Seidemann-Monjergens gehalten habe. Wie es Seidemann möglich war, diesen alten nationalen Vermögensbeamten betritt zu läuschen, ist ebenfalls offenes Geheimnis, ebenso, daß selbst nach der Gründung des Konkurses über den Seidemann-Monjergens noch Kräfte wirksam gewesen sein sollen, die verschiedene Sicherungsmaßnahmen gegen den Seidemann-Monjergens zu hinterziehen.

Sie wollen noch hinzufügen, daß das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium, dem jetzt die Wohlfahrtskassen unterstellt, an diesen Dingen ebensovwenig Schuld hat wie die jetzigen Mitglieder des Verwaltungsrates der Wohlfahrtskassen, denn diese sonderbare Kreditgewährung ist bereits im Jahre 1923 vor sich gegangen, als die Wohlfahrtskassen noch dem Ministerium des Innern unterstanden.

Jetzt beweist die Regierung auf einen Untersuchungsausschuß, zusammengesetzt aus lauter höheren Beamten, dessen Arbeit vor dem Ausbruch stehen soll. Kostentlisch kann die Oeffentlichkeit recht bald Auskunft darüber bekommen, wie eine so große Summe durch Verfügungsberechtigte eines Beamten verlorengehen konnte.

Zerschlagene SPD-Säule

Vor einem halben Jahre ging durch die Presse eine Meldung, nach der im Chemnitzer Kämpfer der Wuchhalter Weizner aus Johannsbergstadt 4000 M. unterschlagen hatte und deshalb fristlos entlassen worden war. In dieser Meldung stand außerdem noch daß Weizner einen großen Teil dieses Geldes mit dem politischen Leiter des Bezirks Erzgebirge-Vogtland der SPD, Max Cris, und mit anderen Genossen bei Wein, Bier und Gesang durchgebracht habe. Hauptächlich dröben in der Schweiz, in Breitenbach, in der bekannten „Treichente“ und in der „Schantzwirtschaft „Zur Salde“, also weitab vom politischen Leben in Chem-

nitz. Der Wein sei dort in Strömen geflossen, an Genossinnen habe es nie gefehlt (!), und Zechen von 100 und 150 M. seien keine Seltenheit gewesen.

Der Kämpfer hatte darüber aufgeschrieben: Alles sei Lüge und Verleumdung, nur erfunden, um die Korruption bei den anderen zu verdecken und die kommunistische Bewegung zu besudeln. Aber die Wahrheit erfahren die kommunistischen Leser nicht.

Vor kurzem hatte sich nun Weizner vor Gericht zu verantworten. Der Angeklagte Joseph Weizner, der jetzt in Aue wohnt und 30 Jahre alt ist, war vom 7. Juni 1925 bis zum 31. März 1928 Wuchhalter in der Chemnitzer Druck- und Verlagsanstalt (wo der Kämpfer gedruckt wird). Der Eröffnungsbeschluss legte ihm zur Last, er habe dort in den letzten Monaten nach und nach 3980,80 M. Zeitungsgelder, die er teils in Chemnitz und teils in Johannsbergstadt vereinnahmt hat, nicht abgeliefert, sondern im eigenen Ruhen verbauscht.

Weizner wohnte damals mit seiner Familie in Johannsbergstadt und war dort fogukaren des kommunistischen Bänders. Wenn er Sonnabends kam (die Woche über lebte er in Chemnitz), atmete man richtig auf, und wenn er anklopfte, um für den Kämpfer zu kaschieren, dann gab man ihm das Geld. Warum sollte man auch nicht? Man bekam doch eine regelrechte Quittung dafür! In der Beziehung war Weizner nicht so Wer ihm Geld gab, bekam auch seine Quittung. Aber in der Rechnung war ein Fehler; denn da Weizner nicht das gesamte vereinnahmte Geld abgeliefert, verzinschte der Kämpfer Mahnungen, die natürlich allseitiges Ärgernis erregten und dazu führten, daß die Genossinnen zum Kämpfer kamen und sich beschwerten. So kam Weizners Schuld schließlich raus.

Weizner behauptete vor Gericht, er habe das Geld für Flugblätter und organisatorische Zwecke verwendet; daß er es bei Wein und Weid durchgebracht habe, müsse er entschieden zurückweisen. Das Gericht verurteilte Weizner wegen Unterschlagung zu fünf Monaten Gefängnis. In der Urteilsbegründung hieß es, der Angabe des Angeklagten, er habe die unterschlagenen Gelder für Flugblätter und für organisatorische Zwecke verwendet, sei nicht zu glauben. Zur Höhe der Strafe sagte das Gericht, sei nicht eine hohe Strafe auszuweisen müssen, weil die unterschlagene Summe sehr hoch sei und weil Weizner nicht in Not gehandelt habe, da er 390 M. Gehalt gehabt habe.

Wie sie opfern!

Die Herren vom Eugenbergschen Inflationsbegehren wollen nicht zahlen. Sie haben niemals zahlen wollen. Es war immer ihre Absicht, die Kosten des verlorenen Krieges auf die Westfalen abzuwälzen und sich zu drücken.

Auch heute agitieren sie für das Inflationsbegehren mit der dummen Lüge, daß der, der sich eintrage, nicht zu zahlen brauche. Würde das Inflationsbegehren durchgeführt, so würden diese Herrschaften wieder Gelegenheit finden, sich zu bereichern, das deutsche Volk aber müßte zahlen bis zum Weißbluten.

Aber für die Kosten des Eugenbergschen Inflationen zahlen sie doch? Sie zeichnen doch alle kräftig auf die Sammelblätter, die der Stahlhelm und die Deutschnationalen herausgeben lassen? Natürlich zahlen sie da — aber fragt mich nicht, wie viel!

Arbeiter eines Reizner Betriebes fanden eine Sammlung des Landesauschusses Sachsen für das Eugenbergsche Begehren. Sie fanden sie die Namen der Inflationsbegehren und dahinter die für die Summen, die sie gezehnet haben. Der Landesauschuh des Eugenbergsches Begehrens, Freiherrn O. M. P. a. D., Reizner einer hohen republikanischen Pension, hat bei an ein Schauhfabrikant Wölbus mit zehn Pfennig, dessen Schloß mit zwanzig Pfennig, ein ehemaliger Offizier Schauschloß ebenalls zehn Pfennig.

Ja, sie sind Idealisten, diese Herrschaften. Nicht einmal für die Freiheit, die sie meinen, haben sie Geld übrig. Die ganze Eugenbergs-Aktion ist ihnen nicht mehr als ein sehr schmerzliche Opferwilligkeit der deutschen Arbeiterschaft verlassen, und haben geglaubt, daß die Arbeiter, die für Stahlhelm gepöbel worden sind, die Kriegskosten für Eugenbergs schon zahlen würden!

Schießt er Böcke?

In den letzten Sitzungen des Landtages wurde der seit langjährige Ministerpräsident des Landes, Herr Max Gold, vergeblich gesucht. Dabei soll sich Herr Gold, wie wir hören, bei aller besten Gesundheit erfreuen. Aber er ist wohl der Meinung, daß es jetzt wichtigere Sachen zu tun gibt, als im Sächsischen Landtag das sächsische Volk zu betören. Es ist die Zeit, in der man Böcke schießt und Herr Max Gold schießt bekanntlich gern Böcke!

Offsachsentonferenz der Kinderfreunde

Die Konferenz, die am Sonntag in Dresden stattfand, wurde vom Genossen Landtagspräsidenten Wedel eröffnet. Jedem wurde der Bericht der diesjährigen Reichskonferenz der Kinderfreunde in Gera gegeben, der ein Bild von der unermüdbaren Arbeit unserer pädagogisch interessierten Genossen zeigt. Im Brennpunkt der gesamten Kinderfreundearbeit steht der Versuch, eine Aktivierung der Kinder mit allen erzieherischen, psychologischen und sonstigen Mitteln zu erreichen. Nicht nur ein Versuch, sondern ein, wie wir wohl sagen dürfen, schon gelöstes Problem. Mehr denn je ist heute die Straße auf den Weg, für ihren Nachwuchs zu sorgen, und mit besonderer Aufmerksamkeit nimmt sie heute der Kinder an. Wie wir glauben durchaus nicht aus altruistischen Motiven, sondern aus viel realeren Gründen. Da wäre es naturgemäß verfehlt von der Arbeiterschaft dieses Reiches der Zeit nicht zu beachten und dem Wegner das Kampffeld zu überlassen.

Dem nächsten Punkt der Tagesordnung behandelte man einmal rückwärtend den vergangenen Sommer mit seiner viel Arbeit in Zelllager und auf Weisen, was auch hier schon an dieser Stelle gewilbte wurde. Vieles hat man bei diesen ersten großen sächsischen Zelllager lernen können und wird es für die Zukunft zum Wohle der Bewegung ausnutzen.

Die Aussprache zeigte überall den Willen der Verammelten, neue und bessere Wege zu finden, um dem jungen Proletariat zu dienen. Eine besondere Aussprache entspann sich um den Zelllager, wobei kameradschaftlich Mängel und Fehler oder besser Möglichkeiten besprochen wurden. Für den Winter ist eine Vertiefung der Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten geplant. Kurse sollen auf den verschiedenen Gebieten die Helfer für ihre Tätigkeit schulen und ausbilden. Wenn so wird man daran gehen, die Organisation immer strenger auszubauen.

Mögen diese Zeilen dazu beitragen, alle Genossen, die der Kinderfreundebewegung noch fernstehen, davon zu überzeugen, daß das proletarische Kind in die Kampffront der Arbeiterschaft hineingehört, wie die Frau oder der Jugendliche.

Oberwiesenthal. Winterseingug. Im oberen Gebirge ist der Winter mit Schnee und Frost eingezogen. In der Nacht zum Mittwoch sank die Temperatur sogar in den Tälern bis auf 4 Grad unter Null. Auf dem Fichtelberg betrug die Schneehöhe 6 Zentimeter.

Widau. Lebensmüde. Am Dienstag wurde in einer Schrebergarten der Ostvorstadt ein 53 Jahre alter Bergmann erschlagen aufgefunden. Der Grund des Selbstmordes ist unbekannt.

Bruch tritt aus. Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Bruch, ein Dußfreund der Ellarels, hat wegen der in der Eugenbergschepresse fortgesetzt gegen ihn betriebenen „Schrabstreiberi“ und der Karlshauer Rede Eugenbergs, ferner aber, weil er „von Herrn Eugenbergs Wohlwolligkeit abhängig zu sein“ nicht gewillt ist, seinen Austritt aus der Deutschnationalen Volkspartei erklärt. Er teilt diesen Schritt und seine Begründung in der Mittwochsausgabe seiner antisemitischen „Wahrheit“ mit.

Aus aller Welt

Jeppelein über Spanien

Paris, 24. Oktober. (Eig. Funkspruch.) Graf Juppelin erzielte auf seiner Spanienfahrt am Mittwoch nachmittags gegen 4 Uhr Barcelona. Der Besuch der Weltausstellung dauerte nur als eine Stunde. Das Schiff besuchte dann noch eine Reihe anderer spanischer und französischer Städte.

Brudermord

Am, 24. Oktober. (Eig. Funkspruch.) Das Schmutzgeschick um beruhte am Mittwoch des 34jährigen Alexander Schömig wegen Brudermordes zu 15 Jahren Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf weitere zehn Jahre. Schömig hat vor mehreren Monaten seinen Bruder Alexander mit einem Beil erschlagen und in einem Gartengrundstück vergraben, um mit dessen Frau in häuslicher Gemeinschaft leben zu können. Schömig jagt damals mit der Frau nach Stuttgart, nahm des Bruders Papiere an sich, erhebt für seiner die Arbeitslosenunterstützung, ja er bückte sich auf Aufrechterhaltung seiner Pseudoexistenz sogar eine Gefängnisstrafe des Bruders ab. Bis ging sieben Monate lang gut, bis ein frühere Freundin der Frau zu Besuch ins Haus kam, und den Ludwig statt des Anton als Gatten vorfand. Die Freundin gab der Kriminalpolizei davon Kenntnis, so daß das Verbrechen schließlich an den Tag kam. Bei der Ausgrabung der Leiche im Anton legte der Wörder ein zynisches Vernehmen an den Tag. Die Ehefrau will von der grausigen Tat nichts gewußt haben.

Siebzig Buddhasöpfe gekohlen

In Peking ist man jetzt einer aus Altchändlern und Soldaten bestehenden Bande auf die Spur gekommen, die nach den letzten Feststellungen die Käpfe von 70 aus dem Jahre 600 n. Chr. stammenden Buddhasöpfen, die zu den ältesten Denkmalen buddhistischer Kunst gehören, geraubt und weiter verkauft haben.

Werkwürdige Erpressung

Ein österreichischer Kaufmann im Berliner Westen bemüht die Kriminalpolizei in einer seltsamen Angelegenheit. Er behauptete, den Besuch von zwei französischen Geschäftslenten in Paris gehabt zu haben, die glauben, von ihm aus einer Geschäftserbindung heraus noch 18 000 Mark fordern zu können. Als darüber eine Diskussion zwischen ihm und den Franzosen entstand, hätten die Franzosen ihn mit vorgefertigten Papieren auszuhandeln. Die französischen Geschäftslenten wurden tatsächlich ausfindig gemacht und verhaftet. Sie behaupteten jedoch ihrer Vernehmung, weder irgendeinen Zwang ausgeübt noch den Kaufmann die Papiere erprezt zu haben. Der wahre Sachverhalt konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

Reform der RVO.

Die Vorschläge für die Krankenversicherung

Heber die geplanten Änderungen der Krankenversicherung wurden in der Presse, nachdem die Änderungsvorschläge des an der Reform der Reichsversicherungsordnung besonders interessierten Reichsarbeitsministeriums, immer mehr Mitteilungen auf. Da die Meinungen über diese Vorschläge in den beteiligten Kreisen vielfach recht weit auseinandergehen, hat die Reichsregierung ein großes Interesse daran, daß ihr schnellst möglich Klarheit über die allgemeine Auffassung der Beteiligten über die Vorschläge für Änderungen in der Krankenversicherung.

1. Der Kreis der versicherten Personen: Die Versicherungsgrenze von 3000 M. für die Pflichtversicherung entspricht nicht mehr der Lebensgrundlage von 2500 M.; sie ist entsprechend der Veränderung der Kaufkraft der Reichsmark zu erhöhen. Innerhalb dieser Grenze erhalten die Versicherungsnehmer auch Angestellte in höherer oder leitender Stellung; ihre wirtschaftliche Lage ist im allgemeinen keine andere als die der übrigen Betriebsbeamten mit gleichem Gehalt; die versicherungsrechtliche Gleichstellung ist in der Angehörigen- und Arbeitslosenversicherung schon vollzogen und behält dort wichtige, langwierige und im Ergebnis unsichere Grenzfragen. Aus Gründen des Familienfriedens geht das Recht der freiwilligen Weiterversicherung auf den hinterbliebenen Ehegatten über. Die freiwillige Weiterversicherung ist auch bei der Allgemeinen Orts- und Landtrantentasse des jeweiligen Wohnortes zulässig. Die freiwillige Weiterversicherung ist nach oben durch Deckung einer Einkommensgrenze zu beschränken (10000 M. oder 8400 M.); bei Einkommen über dieser Grenze liegt ein soziales Schutzbedürfnis nicht mehr vor.

2. Die Leistungen: a) Die Krankenpflege ist Pflichtleistung, wenn nach der Natur der Krankheit oder nach den häuslichen Umständen ausreichende ärztliche Hilfe nur in einem Krankenhaus möglich ist. b) Krankengeld wird für die ersten drei Tage der Arbeitsunfähigkeit nicht gewährt; eine Ausnahme ist nur bei Betriebsunfällen zulässig. Das Krankengeld wird für Arbeitslose, nicht für Malendertage gewährt. Das Krankengeld beträgt 50 v. H. des Grundlohnes. Es kann, wenn die Arbeitsunfähigkeit sechs Wochen dauert, vom Beginn der sechsten Woche an auf 60 v. H. erhöht werden. Für die Angehörigen (Ehefrau und Kinder des Versicherten) kann zu dem Krankengeld ein Zuschlag treten; der Zuschlag darf drei Viertel des Grundlohnes nicht übersteigen. c) Das Krankengeld beträgt 50 v. H. des geschätzten Krankengeldes. d) Der Versicherte mehr als einen Angehörigen zu unterstützen, so tritt für jeden weiteren Angehörigen zu dem Krankengeld ein Zuschlag in Höhe von einem Drittel des Krankengeldes; der Zuschlag darf das geschätzte Krankengeld nicht übersteigen. e) Der Anspruch auf Krankengeld und Krankengeld ruht, soweit der Versicherte während der Arbeitsunfähigkeit hat. Für solche Fälle kann die Zahlung, soweit es möglich ist, den Beitrag ersatzlos, auch das Krankengeld von Beginn der sechsten Woche an auf 60 v. H. des Grundlohnes erhöhen. f) Wer einer Krankentasse mindestens drei Monate angehört hat, erreicht für seinen Ehegatten und seine Kinder den Anspruch auf freie Krankenpflege. Von den Kosten für Arznei und Heilmittel trägt die Krankentasse nur die Hälfte. Die Familienkrankentasse dauert dreizehn Wochen; sie kann durch die Zahlung darüber hinaus verlängert werden. g) Für die Ausübung des Krankengeldes ist eine Gebühr zu entrichten; ihre Höhe steht der Krankentasse frei. Die besondere Beteiligung an den Kosten für Arznei und Heilmittel fällt weg. h) Die Krankentassen sollen sich an den Aufgaben der Gesundheitsfürsorge und der hygienischen Volkserziehung beteiligen.

3. Besondere Voraussetzungen für die Errichtung und den weiteren Bestand von Krankentassen: Neue Krankentassen dürfen nur errichtet werden a) wenn die beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer je in ihrer Mehrheit zustimmen; b) wenn die Leistungsfähigkeit der neuen Tasse sichergestellt ist, insbesondere durch eine bestimmte Mindestzahl von Mitgliedern; c) wenn die Allgemeine Orts- oder Landtrantentasse in ihrem Bestande oder ihren Einrichtungen nicht gefährdet wird; d) wenn die Gesundheit der Verhältnisse zu berücksichtigen. Die Errichtung gilt nicht ohne weiteres dann als abgeschlossen, wenn der Allgemeine Orts- oder Landtrantentasse eine bestimmte Zahl von Mitgliedern verbleibt. Neue Jungmännertentassen können nur für Bestimmungen errichtet werden. Die bestehenden Tassen sind zu schließen, wenn die Mitgliederzahl nicht nur unzureichend unter die Mindestzahl sinkt.

4. Die Verwaltung der Krankentassen wird entsprechend der Reichsreform 1929/30. Zur die Grundlage genügt ein Beitrag in Höhe der ersten Teils der Jahresausgaben.

5. Einrichtungen für Gemeinschaftsarbeit: a) Für die Durchführung der Krankenversicherung im allgemeinen wird dem Reichsarbeitsministerium ein Hauptausschuß für die Krankenversicherung gebildet. Ihm gehören an: Vertreter der wirtschaftlichen Spitzenorganisation der Arbeitnehmer und Arbeitgeber (im Verhältnis von 2:1), Vertreter der Spitzenverbände

der Krankentassen, der Arbeitgeberverbände und der sozialen Politik, Vertreter des Reichsversicherungsamtes sowie der Reichsarbeitsminister oder dessen Beauftragter (hierbei zugleich als Vorsitzender). Die Aufgaben des Hauptausschusses sind: Erstattung von Gutachten in Angelegenheiten der Krankenversicherung, die Aufstellung von Grundrissen und der Entwurf von Richtlinien für die Durchführung der Krankenversicherung im allgemeinen, für Gesundheitsfürsorge und soziale Hygiene, für Wirtschaftlichkeit und Einfachheit in der Krankenversicherung, für Beförderung und Berührung von Mitgliedern und Angehörigen, für Errichtung und Betrieb von Krankentassen, Gesundheitsheimen, Verwaltungsgebäuden und sonstigen Einrichtungen, für Geschäftsführung und Rechnungsführung, für die Ausbildung der Angestellten bei den Krankentassen, für die Besoldung und Vergütung der Angestellten, b) Die Spitzenverbände der Krankentassen erhalten öffentlich-rechtliche Eigenschaften. Die Aufsicht über sie führt der Reichsarbeitsminister. Ihre besonderen Aufgaben sind: Förderung der gemeinsamen Zwecke der Mitgliedertassen, Unterstützung des Hauptausschusses bei der Durchführung seiner Beschlüsse und der von ihm getroffenen Maßnahmen, die Aus- und Weiterbildung der Angestellten bei den Krankentassen, Gesundheits- und Hinterbliebenenversorgung, c) Für die Krankentassen im allgemeinen und für die Durchführung von Maßnahmen der sozialen Hygiene bilden die Krankentassen im Bereiche eines Versicherungsamtes oder eines Oberversicherungsamtes einen

Verband. Der Verband kann auch die Aufgaben im Sinne des § 407 der RVO, oder einen Teil davon übernehmen. Der Verband unterstützt die Träger der Sozialversicherung und Angehörigenverbände bei den allgemeinen Maßnahmen für Gesundheitsfürsorge und soziale Hygiene.

Die freien Gewerkschaften werden bereits in den nächsten Tagen zu dem Referentenentwurf Stellung nehmen.

Der Lohnkonflikt in den polnischen Kohlenbezirken wird immer weitere Kreise. Die Forderung der Arbeiter lautet auf 20 Prozent Erhöhung ihres Lohnes. Zugestanden hat die gemeinsame Schiedskommission eine vierprozentige Erhöhung. Dieses Zugeständnis führt in allen Schichten der polnischen Bergleute auf 30 v. H. zur Rückweisung. Inzwischen hat der deutsche Bergbauarbeiterverband in Königsberg beschlossen, im Quantitätsstreik den Streik zu proklamieren. Diesen Beschluß haben sich die westdeutschen Vertreter aus allen drei Kohlenbezirken in einer Sitzung in Kattowitz zu eigen gemacht. Für den 27. Oktober ist in Kattowitz eine Konferenz der Delegierten des zentralen Bergbauarbeiterverbandes aus den drei Kohlenbezirken angesetzt, die sich ebenfalls mit der Frage eines eventuellen Streiks befassen wird.

Inferiert in der Dresdner Volkszeitung

Die tierärztlichen Sprechstunden
des **Älteren Tierärztes** in Dresden.
bisher Tierarzt Albrechtstr. 15
Montags, Mittwochs, Freitags 5-7 Uhr nach
jezt **Augustusstraße 6, 1.**
anherdem wie bisher **norm. täglich 10-11 Uhr**

GRUNDIG
Dresd. Neust. Röhrlitzgasse 8
Nähe der Augustusbrücke
Löffel u. Bestecke
vom einfachsten bis feinsten in jeder Preislage

Dauerwäsche
weiß und bunt
in größter Auswahl
Plättwäscher
Oberröschchen
Krautwascher
Mosenträger
Max Weil, Schössergasse 2 (1236)

AUGUST BEBEL
Die Frau
und der Sozialismus
Dieses Buch hat einen ungeheuren
Erfolg gehabt: die moderne Frauen-
bewegung zeugt davon.
Bisher wurden davon verkauft über
200 000 Exemplare
Das Buch ist noch so aktuell wie
vor 30 Jahren, als es erstmalig er-
schien. Deshalb empfehlen wir die
einen Ausgabe
Jubiläums-Ausgabe
515 Seiten stark. Ganzlein. M. 7,50.
Halbleder M. 10,-. Zu bez. durch
Dresdner Volksbuchhandlung
Wettlinerplatz 11.

Winter-Joppen
7,90-40,- A. tertin
und nach Maß.
Emil Hoffmann
Trossenstr. 2 u. 4

Chaiselongues 30 Stk.
Sofa 48 Stk.
Wühlstühle 30 Stk.
Altehrschrank 35 Stk.
Sofa mit neu. 1813/18
Komplette Betten
12 Drell 35 Stk. neu.
Josephinenstraße 13
bei Kartho.
Nicht mehr Schnitz.

Schöne moderne
Küchen
zirka 40 kompl.
sicher lieferbar.
Sollten werden
Sollmaderleibterum
Schlafzimmer
Gartenzimmer
Speisezimmer
Flurgarderoben
Chaiselongues
von 35 Stk. an
● **Sofas**
extra
billig!
Möbel-Wärts
Gartenlager
Kaufstraße 31, 1.
Nähe Wühlener Straße.

Teilzahlung
Büfets
Schreibtische
Kredenzen
Auszugtische
Lederstühle
ohne Anzahlung
Kleinste Raten
Möbelhaus
Spaeth
Marschallstr. 25
(1271)

Bestertwig.
Annahme von Be-
stellungen auf die Dresdner
Volkszeitung sowie
Warteliteratur.
Anzeigen-Annahme.
Hugo Mäge

Weiwig b. Bühlau
Bestellungen auf die Dresdner Volks-
zeitung sowie auf sämtliche Partei-
literatur nimmt entgegen
Kolporteur Wilhelm

Froh Sinn und Wohlbehagen...
...lachen aus feinen Augen. Kein Wunder,
denn es ist mit **PFEILRING Lanolin SEIFE**
gewaschen worden. Und die milde **PFEIL-
RING Lanolin CREME** schützt feine zarte Haut.



PFEILRING Lanolin SEIFE

Waaren-Einkaufs-Verein zu Görlitz
A.-G., Zweigniederlassung Dresden

Wir empfehlen bei Beginn der stärkeren Verbrauchszeit:

**Hülsenfrüchte und
Trockengemüse**

**gutkochend — leichtverdaulich
blutbildend und nahrhaft**

- Neue weiße Perlbohnen Pfund **35**,-
- Neue russische Linsen Pfund **45**,-
- Neue Riesen-Linsen Pfund **60**,-
- Grüne Thüringer Erbsen Pfund **32**,-
- Geschälte gelbe Erbsen, halbe . . . Pfund **34**,-
- Geschälte gelbe Erbsen, ganze . . . Pfund **50**,-

Graupen

- Grobe } **aus erstklassigen** Pfund **30**,-
- Mittle } **Graupenmühlen** Pfund **32**,-
- Feine } **stammend** Pfund **34**,-
- Holsteiner Haferflocken, feinste, spelzenfrei . . . Pfund **30**,-

Reis

**nur ausgewählt gute Sorten
daher besonders preiswert**

- Grobkörniger Bruchreis Pfund **21**,-
- Vollkorn-Reis Pfund **24**,-
- Rangoon-Tafelreis Pfund **28**,-
- Moulmain-Vorlaufreis Pfund **34**,-
- Bassein-Tafelreis Pfund **40**,-
- Kronen-Patnareis Pfund **45**,-
- Karolina-Reis Pfund **50**,-
- Edel-Karolina-Reis Pfund **55**,-

Auf den vollen Einkaufswert verabfolgen wir Einkaufsgut-
scheine, die am Jahreschluss mit
6% Rückvergütung
in bar ausbezahlt werden

Möbel-Scheinert
Küchen, Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer, Einzel-
möbel, Chaiselongues, Sofas
Verkauf: Dresden-A., Grunaer Straße 18
Bannewitz, Hauptstraße 51
Zahlungserleichterung — Hoher Kassa-Rabatt
Lieferung frei Haus

Günstiger Gelegenheitskauf in
Sprechapparaten
in Tisch-, Schrank- und Kofferform, teils
wegen Zahlungsunmöglichkeit zurückgenommen,
teils eingetauscht, jedoch in völlig einwandfreiem
Zustand befindlich. Ebenso einige Musterapparate.
— Enorm billig —
Musikhaus Otto Friebe!
Ziegelstraße, Eckhaus Steinstraße

Halt Du schon eine gute Fahrradbeleuchtung?
Wenn nicht, dann komme zu uns und wähle:
Karbidlaternen . . . von M. 4.00 bis 7.20
Zeppelindynode . . . von M. 5.20 bis 7.50
Corlaternen . . . von M. 2.80 bis 5.00
Petroleumlaternen . . . M. 5.25
Fahrradlichtmaschinen mit Batteriescheinwerfer
komplett von M. 12.50 Impeg M. 14.00
Verto . . . M. 16.00 Vofsch. M. 17.00
Fahrradfabrik Fahrradhaus Frisch auf
Filiale: **Dresden-A., Könnertstraße 17**
am Wettiner-Bahnhof (1016)

Städtischer Ausstellungspalast

Eingang nur Stübel-Allee (großer Saal)

Wir müssen verlängern! Bis mit Sonntag, den 27. Oktober

Der Andrang war so gewaltig, daß täglich Hunderte von Besuchern wegen Ueberfüllung keinen Einlaß mehr fanden. — Das Tagesgespräch von Dresden und Umgebung bildet der ungeheure deutsche Marine-Großfilm

Unsere Emden

in dem furchtbaren Kampf mit dem englischen Schlachtkreuzer „Sidney“. Mit stürmischem Beifall wurde dieser Film hier aufgenommen. — Auf tausendfachen Wunsch findet am

Sonnabend, nachm. 2 Uhr: Eine große Kinder- und Familien-Vorstellung
zu kleinen Preisen statt.

Sonntag, 1/2 11 Uhr vorm.: Große Früh-Vorstellung (kleine Preise)

Musikalische Leitung: Kapelle Feiereis

Anfang wochentags 4, 1/2, 7, 9 Uhr und Sonntags 3, 5, 7, 9 Uhr — Erwerbslose zahlen an Wochentagen bis 5 Uhr halbe Preise

Weitere Verlängerung nach dem 27. Oktober unmöglich!

Gaststätte des Städt. Schlachthofes
Estragegehege — Straßenbahn 2
Regelmäßig Freitags: **Schlachtfest**
Diverse Spezialitäten preiswert und gut
Ab 6 Uhr: ff. **Münchner Schlachtschüssel** M. 1.00

Schau-burg
Freitag, den 25. bis Montag, den 28. Oktober
Ein Glanzstück der Kinematographie!
Ich lebe für Dich
Die beiden Hauptdarsteller dieses Films sind
Wilhelm Dieterle **Lien Deyers**
Wie sie in ihrem Zusammenspiel in „Die Heilige und ihr Narr“ (Lien Deyers als „Solchen“) größten Erfolg hatten, so auch wieder in diesem Film, der mit aufwühlender, ergreifender Realistik dem Zuschauer so nahe geht, der manche Szenen mit so starker, glühender Rührung hat, daß man sagen kann, daß Dieterle als Regisseur und Schauspieler fast fanatisch sorgfältig bei der Sache war. Dieses Werk macht Dieterle zu einem der erfolgreichsten.

Ausverkauf
wegen Aufgabe des Artikels
25% Rabatt

Uhrwerk- u. Elektr. / Dampfmasch. u. Modelle
Alfred Grafe, Scheffelstr., Eckhaus Wallstr. Telephone 19171

Tuchhaus Pörschel
Spezial-Abteilung: Dresden-A., Scheffelstr. 21
Allerlei, Tüllische, Filzliche Herrenstoffe
Sticker- und Dekorationsstoffe Damenstoffe
Bunte Tuche für Altdecken Futterstoffe
Wollfriese

Ab Donnerstag
Ein großes Doppel-Programm
1.
Erotikon
Das unvergleichliche Meisterwerk des kürzlich verstorbenen schwedischen Regisseurs **Mauritz Stiller**
Mit **Tora Teje / Lars Hanson / Karin Molander**
2.
Grenzer u. Schmuggler
In der Hauptrolle **Jack Perrin**
der kühne Sergeant der kanadischen Grenzpolizei mit seinem berühmten Fliegerschimmel „Sternlicht“
Im Beiprogramm:
Die neueste Opel-Wochenschau und der erste Trick-Tonfilm
Kammer-Lichtspiele
Wilsdruffer Str. 29 (am Postplatz)
Werktags ab 4 Uhr / Sonntags ab 1/2 3 Uhr

FÜRSTENHOF LICHTSPIELE
Erzählerleitung: F. Ullig
Ab Freitag bis mit Donnerstag
Der Epigenfilm der Ufa
Manolescu
Der Roman eines berühmten Abenteurers.
In den Hauptrollen:
Ivan Mosjulin
Brigitte Helm — **Dita Parlo**
Heinrich George
Aufsehenerregendes Sujet — glänzende Darbietung sind die Hauptmerkmale dieses prächtigen Abenteuerfilms.
Wochentags: 6 und 1/2 9 Uhr
Sonntag: 4, 7 und 1/2 9 Uhr
Max besuche nach Möglichkeit die ersten Vorstellungen.
Nächste Märchenvorstellung:
Mittwoch, den 26. Oktober, nachm. 3 Uhr
Striesener Str. 52 • Fernruf 35015
Linien 2-4-10-17-19-23-28 Hallesche, Fürstentplatz

Gloria-Palast LICHTSPIELE
Erzählerleitung: Kurt Schneider
Freitag bis mit Montag:
Das entscheidende Lustspiel
Soldatent ehen, das heißt lustig sein ...
Mit **Kaura in Glante**
Für Jugendliche erlaubt!
Dienstag bis mit Donnerstag:
Der Roman von zwei Mädchen
Zufucht
Mit **Heinz Voiten**
Wochentags: 6 und 1/2 9 Uhr
Sonntag: 4, 7 und 1/2 9 Uhr
Sonntag, 26. Oktober, nachm. 3 Uhr
Gans im Glück
Kinder und Jugendliche: 40 und 60 Pf.
Schandauer Str. 11 • Fernruf-39824
Linien-10-17-19-23-28 Hallesche, Bergstraße

Wie ich zum Tode verurteilt wurde
Die Marinegeschichte im Sommer 1917
Preis M. 1.—
Zu haben in den Volksbuchhandlungen